



Arbeit 4.0

Die digitale Arbeitswelt

Vorwort

Werte Kolleginnen, werte Kollegen

syndicom ist die Gewerkschaft der Digitalisierung. Die Arbeitenden, die sich in dieser Gewerkschaft zusammengeschlossen haben, machen die digitale Transformation.

Sie hat längst die Wucht einer 4. Industriellen Revolution angenommen. In ihrem Kern steht die Veränderung der Arbeit, der Arbeits- und Produktionsformen. Wie wir in einigen Jahren arbeiten und leben werden, hängt davon ab, ob wir die Digitalisierung kräftig mitgestalten. Wir können das. Mit Euch allen ist ein immenses Wissen versammelt.

Auch das Wissen, dass nicht die Technik diesen Umbau der ganzen Gesellschaft bestimmt, sondern die Ökonomie. Wir stehen von einer zivilisatorischen Entscheidung: Überlassen wir die Digitalisierung den Aktionären, riskieren wir Massenarbeitslosigkeit und den Verlust unserer sozialen Sicherheiten und Errungenschaften. Es wäre das Ende von Wohlstand und Demokratie. Aber Digitalisierung trägt in sich auch die Chance für einen immensen Fortschritt. Wir sind gefordert, diesen sozialen und demokratischen Umbau durchzusetzen.

Das vorliegende Dokument enthält wichtige Instrumente dafür. An der Delegiertenversammlung 2016 haben wir 13 Thesen zur Digitalisierung verabschiedet. Daraus wuchs die Broschüre «Wie wir die Arbeit 4.0» gestalten. Das haben wir vertieft und konzentriert. Heute legt dieser Werkzeugkasten, mit seinen Analysen und Resolutionen, die Grundlage für eine schlagkräftige Strategie der Gewerkschaft syndicom.

Wir stehen an einer Wende unserer Geschichte. syndicom hat die Wissens- und Meinungsführerschaft übernommen. Wir tun dies zupersichtlich. Wir können das.



**Im Namen der Geschäftsleitung
Daniel Münger**



Inhaltverzeichnis

6	Wir Arbeitenden machen die Digitalisierung
14	Arbeit 4.0: Für eine soziale und demokratische Digitalisierung
24	Arbeit 4.0: Recht auf Arbeit oder der generelle Arbeitsvertrag
32	Arbeit 4.0: Kleine Ökonomie der Digitalisierung
44	Arbeit 4.0: Steuern und Sozialversicherungen in der vierten industriellen Revolution
48	Resolutionen/Anträge/Forderungen
48	Resolution – Arbeitszeit
50	Resolution – Arbeit und Tätigkeit
52	Resolution – Die öffentliche Hand muss steuern
54	Resolution – Digitaler Service public
57	Resolution – Digitaler Taylorismus
59	Resolution – Gesundheitsschutz
60	Resolution – Open Source, Netzneutralität – und ein freies Internet
61	Resolution – Produktionsfonds
63	Resolution – Quartier-Fablabs einrichten
64	Resolution – Bildung und Schulung
66	Resolution – Home-Office regeln
67	Resolution – Das Recht auf Abschalten
68	Resolution – Digitaler Gender-Gap
69	Resolution – Recht auf Arbeit
71	Resolution – Alternative Steuermodelle
73	Resolution – Der Preis von Auslagerungen
75	Resolution – Thinktank, Lehrstuhl
76	Resolution – Datenschutz
78	Resolution – Vernetzte syndicom



Wir Arbeitenden machen die Digitalisierung

Darum wollen wir eine soziale und demokratische Digitalisierung

«Wir dürfen und wollen die Digitalisierung nicht allein den Investitionsentscheidungen des Kapitals überlassen. Die Arbeit gehört ins Zentrum der Gesellschaft.»

Die digitale Transformation beschleunigt sich zur Vierten Industriellen Revolution. Industrielle Revolutionen sind mächtige historische Prozesse. Sie organisieren nicht nur die Arbeit und die Wirtschaft neu. Sie verändern die ganze Gesellschaft: Die Art, wie wir konsumieren, zusammenleben, kommunizieren, Freizeit und Arbeit trennen, reisen, unsere Kultur leben ... und sie verschieben sogar die politischen Verhältnisse.

Ein offener Prozess

Wir wissen aus der Geschichte der Arbeit und der Gewerkschaftsbewegung, dass grosse ökonomische Umwälzungen und der Umbau eines technisch-ökonomischen Systems immer offene Prozesse sind – wenigstens zu Beginn. Alle wichtigen sozialen Errungenschaften wie AHV, Arbeitszeitreduktionen, Arbeitslosenversicherung, Gesamtarbeitsvertrag, gewerkschaftliche Rechte etc. haben die Arbeitenden und ihre Organisationen in solchen Phasen erstritten. Nach dem ersten Weltkrieg erkämpften die Arbeitenden mit dem Generalstreik (1918) die 48-Stundenwoche, das Prinzip grosser Sozialversicherungen und gewerkschaftlicher wie politischer Rechte (Proporzwahl Nationalrat). In der Phase der Entfaltung der fordistischen Massenproduktion in der Schweiz nach der ersten grossen Weltwirtschaftskrise (ab 1929) konnten die Gewerkschaften in der Industrie (Uhrenindustrie, Maschinenindustrie) mit Friedensabkommen (1937) die Vorformen der Gesamtarbeitsverträge durch-



setzen. Mit einer Streikwelle am Ausgang des Zweiten Weltkrieges wurde die effektive Einlösung dieser Errungenschaften erzwungen. AHV (1947/48 eingeführt) und IV (nach langem Ringen ab 1960 in Kraft), zunehmende Verbesserung der Gesamtarbeitsverträge (Löhne, Ferien, Fünftage-Woche, schliesslich die 40-Stundenwoche etc.). Ende der 1960er Jahre geriet der Fordismus zunehmend in Krise. Trotz des Ausverkaufs der Industrie durch die Banken konnten die Gewerkschaften ihre sozialen Errungenschaften durch die erste Phase der Digitalisierung (ab Mitte der 1980er Jahre, CNC-Maschinen etc.) vorerst retten und punktuell ausbauen. Allerdings gingen viele Arbeitsplätze verloren. Die neoliberale Gegenrevolution (ab 1979) kam mit der Asienkrise (1997), der Russlandkrise (1998) und der Dotcom-Blase (2000) ins Stottern. Heute befinden wir uns in einem historischen Umbruch von einer noch grösseren Wucht als sie die fordistische Revolution hatte. Die seit 2007 anhaltende Weltwirtschaftskrise ist kombiniert mit einem massiven Rückgang der Investitionen und einer weiter verschärften



neoliberalen Politik. Dazu kommt der Abbau des Service public. Das stellt die Frage, wie der digitale Umbau gestaltet wird. Wird er zur massiven Zerstörung von Arbeit und sozialer Errungenschaften führen? Oder wird die Digitalisierung ihre Versprechungen einlösen? Im Zentrum der digitalen Transformation steht die veränderte Bedeutung der Arbeit.

Wie wir in der digitalisierten Welt arbeiten und leben werden, hängt davon ab, ob wir diesen Prozess gestalten können. Das setzt voraus, dass wir ein günstiges Kräfteverhältnis für die Arbeitenden herstellen.

Das ist ein hoher Anspruch an uns alle. Doch wir können das. Wir sind dazu legitimiert. Denn wir machen die Digitalisierung. Das Wissen der Arbeitenden und die Verfügbarkeit ihrer Fertigkeiten (auf ein noch ausbaufähiges duales Bildungssystem gestützt), sind die wichtigste Ressource der Transformation. Also sollten wir dafür sorgen, dass sie uns nützt und sozialen Fortschritt bringt. Wir sind keine Opfer der Digitalisierung. Gewerkschaften sind nie so wichtig wie genau in diesen historischen Momenten.

Arbeitgeber, manche Politiker und Publizisten behaupten, die Technik bestimme diesen Prozess. Das ist ein technikgläubiger Irrtum. Die neuen digitalen Techniken treiben die industrielle Revolution an. Aber kein Algorithmus entscheidet, welche Formen von Arbeit und Gesellschaft dabei entstehen. Wie wir die neuen Techniken nutzen wollen, entscheiden wir. Es kann sein, dass die Digitalisierung demnächst 100 000 Jobs im Dienstleistungssektor (Tertiär) der Schweiz vernichtet, wie kürzlich eine Studie errechnete. Das öffnet zwei Optionen. Entweder werden 100 000 Frauen und Männer in die Arbeitslosigkeit und die soziale Isolation gedrängt. Oder wir verkürzen die Arbeitszeit, führen neue Arbeitsteilungen ein, schulen um, schaffen neue Jobs. Die Mittel dafür bestehen: Denn die Wertschöpfung geschieht weiter, egal ob Menschen oder Maschinen sie produzieren.

Das Modell der Aktionäre

Wie sich die Arbeitgeber die Digitalisierung der Schweiz vorstellen, haben sie in Artikeln, Manifesten, Studien ihrer Thinktanks und parlamentarischen Vorstössen klar gezeichnet. Sie wollen die Digitalisierung nutzen, um den sozialen Fortschritt zurückzudrehen und die Arbeit zu deregulieren. Sie haben gefordert, die Arbeitszeit zu entgrenzen und die Arbeitszeitkontrolle abschaffen. Die Arbeitenden sollen ihnen potentiell rund um die Uhr und an 7 Tagen die Woche zur Verfügung stehen. Gleichzeitig greifen sie die geordneten Vertragsverhältnisse an. Möglichst viele Beschäftigte sollen zu ungeschützten Schein-Selbstständigen werden. Zu diesem Zweck soll das Arbeitsgesetz umgeschrieben, die Unterscheidung zwischen Auftragsarbeitern und Angestellten aufgehoben oder angepasst werden. In ihrer digitalen Ideal-Schweiz haben sie wesentliche Teile ihrer Belegschaften in Heimarbeit ohne soziale Absicherung, ohne Arbeitsgarantie (Arbeit auf Abruf), ohne Lohn- und Ferienanspruch ausgelagert. Die Gesellschaft wird durch-uberisiert. Plattformen und Crowdfunding (Auslagerung traditionell interner Teilaufgaben an externe User, sogenannte Clickworker) drücken das Entgelt für Arbeit massiv. Konsumenten: der Gratis-Wahn bedeutet, dass viele Dienstleistungen nicht mehr abgegolten werden. Entsprechend steigen die Gewinne der Unternehmen. Die Arbeitenden werden einer digitalen Kontrolle und Steuerung unterworfen («Digitaler Taylorismus»). Wer noch angestellt ist, soll zum Universal-Tasker werden. Das ist keine Schwarzmalerei: So steht es in den Papieren der Digitalisierer – und so wird es in immer mehr Bereichen längst praktiziert. Von diesen Prozessen sind sämtliche Berufsgruppen betroffen, auch Hochqualifizierte.

Das Digital-Projekt der Arbeitgeber zielt also auf einen historischen Bruch mit der sozial abgesicherten Arbeitsgesellschaft: Das sozial-partnerschaftliche Modell soll zerstört, die Arbeit dereguliert, die gewerkschaftliche Organisation ausgehebelt werden. Diesen brutalen Marsch rückwärts in frühkapitalistische Zeiten und in einen täglichen Überlebenskampf stellen die Digitalisierer als «Modernisierung», als technikgetriebenen «Fortschritt», als schöne neue



Arbeitswelt von «Ich-Unternehmern» dar. In Wahrheit würde die Gesellschaft zerfallen und der Wohlstand zerstört, die Sozialversicherungen wären pleite, der Service public könnte nicht mehr finanziert werden. Es würde die endgültige Abkehr vom Sozialstaat zurück zur Almosengesellschaft bedeuten.

Ein wenig Ökonomie

Volkswirtschaftlich ist es absurd, wenn einerseits Arbeit durch Maschinen ersetzt wird, also das Arbeitsvolumen sinkt, und andererseits die Arbeitszeiten auf 50 oder 60 Wochenstunden ausgedehnt werden. Doch die Arbeitgeber betreiben die Entgrenzung der Arbeitszeit aus einem bestimmten Grund: Sie investieren deutlich weniger in die reale Wirtschaft als vor 25 Jahren. Ihre Gewinne fließen zu grossen Teilen in Finanzanlagen. Sie wollen diese industrielle Revolution zum Spartarif: Durch ihre Mehrarbeit ohne Lohnerhöhung sollen die Arbeitenden den digitalen Umbau, also ihre eigene Abschaffung, vorfinanzieren.

Unser Modell: die bessere Digitalisierung

Digitalisierung ist eine Chance. Sie kann uns von öden, sinnlosen Routinearbeiten und von körperlich schweren Arbeiten befreien. Sie steigert die Produktivität und schafft damit Raum für bessere Arbeit, kürzere Arbeitszeiten, Wohlstandsgewinne, Weiterbildung. Sie erlaubt neue interessante Geschäftsmodelle, zum Beispiel für lokale Produktion und echte Share-Ökonomie (im Gegensatz zu Uber ist Share-Ökonomie auf kooperative Formen des Tauschs von Arbeit gebaut). Sie bringt neue Berufe hervor. Sie kann Transportwege verkürzen und macht breite ökologische Vorteile möglich. Wird sie klug eingesetzt, dient sie der Emanzipation des Menschen: Etwa durch familienfreundliche Organisation der Arbeit, Jobsharing, mehr Freizeit, mehr direkte Mitsprache und Mitgestaltung im Job, erhöhte demokratische Kontrolle und einiges mehr. Der Kern unseres Projektes will die lebendige Arbeit ins Zentrum der Gesellschaft zurückbringen. Digitale Techniken zielen grundsätzlich darauf, menschliche Arbeit durch Maschinen verrichten zu las-

sen (Roboter, mit künstlicher Intelligenz aufgerüstete Computer & Maschinen, kluge Netzwerke, Sensorik etc.). Das setzt beim Menschen prinzipiell Zeit frei für andere Tätigkeiten als Lohnarbeit. Fortschritt ist ein gutes Wort dafür. Ökonomisch funktioniert es, weil die Produktivität steigt. Doch nur, wenn die Kaufkraft mindestens erhalten bleibt und die Produktivitätsgewinne verteilt werden. Im gegenwärtigen Wirtschaftsmodell verweigern die Kapitalbesitzer diese Rückverteilung an die Arbeitenden. Mehr: Durch die Deregulierung des Arbeitsschutzes, der Arbeitszeit und des Arbeitsvertrages und durch Stellenabbau suchen sie zusätzliche Gewinne einzufahren.

Die Arbeit ist also der zentrale Kampfplatz der digitalen Transformation. Hier entscheidet sich der Weg für unsere Zivilisation. Wir stellen die Arbeit endlich in die Mitte der Gesellschaft zurück, vor die Aktionärsgehälter und Börsenkurse. Deshalb fordern wir ein Statut für die Arbeit in Gesetz und Verfassung. Wir nennen es das Recht auf Arbeit.

Damit der heute noch offene Prozess in eine bessere Digitalisierung statt in eine zweigeteilte Hickhack-Gesellschaft mündet, müssen einige Bedingungen durchgesetzt werden:

1. Verteilung der Produktivitätsgewinne

Sie sind die Voraussetzung für jede sozial fortschrittliche Digitalisierung. Etwa durch Arbeitszeitverkürzungen oder andere Modelle statt Job Abbau. Eine zentrale Domäne der Gewerkschaftsarbeit und die entscheidende Voraussetzung für Wohlstandsgewinne.

2. Gestaltung der digitalen Transformation

Heute baut die öffentliche Hand zwar die Grundinfrastrukturen der Digitalisierung, überlässt die digitalen Anwendungen aber allein den Investitionsentscheidungen des Kapitals. Deshalb kommt die Digitalisierung nur stockend und sektoriell voran und deshalb wird sie vor allem dort betrieben, wo mit möglichst geringem Kapitaleinsatz möglichst viel lebendige Arbeit eliminiert werden kann. Wollen wir eine sinnvolle Transformation, müssen wir den Bundesrat,



die Verwaltung, das Parlament und die Sozialpartner dazu bewegen, endlich eine gestaltende Dienstleistungs- und Industriepolitik zur Digitalisierung zu entwickeln.

3. Ein starker Service public für die Digitalisierung

Kein geringes Paradox: Die Vierte Industrielle Revolution ruft nach einem verstärkten Service public. Die Gründe sind, über die Bereitstellung der Infrastrukturen hinaus, offensichtlich. Eine kleine Zahl grosser Konzerne dominiert heute die digitale Transformation. Sie steuern die Digitalisierung mit ihren Investitionsentscheiden, die wiederum vom unmittelbaren Interesse ihre Grossaktionäre abhängen. Es stellt sich also ein immenses Problem des Zugangs zu digitalen Techniken und Anwendungen und der Kontrolle über diese Techniken. So sind heute etwa Big-Data-Anwendungen für fast alle KMU längst unerschwinglich geworden. Sie müssen vom Service public zur Verfügung gestellt werden. Für eine demokratische Digitalisierung brauchen wir weiter Open Source-Instrumente, Open Software, Open Hardware (3D-Drucker etc.). Die öffentliche Hand muss Open Source-Lösungen (kostenlose Software-Lösungen, Creative Commons-Lizenzen) aufbauen und bereithalten. Und einiges mehr: So entsteht gerade ein stark wachsendes Bedürfnis nach neuen Service-public-Dienstleistungen. Die bundesnahen Betriebe sollen diese Rolle aktiv suchen und bedienen. Als Netzwerk- und Logistik-Gewerkschaft sind wir ein zentraler Akteur für deren Durchsetzung. Heute werden diese Betriebe in ihrer Arbeit durch Vorgaben der Politik und durch ihre Konzernmanager stranguliert. Die Post fährt ihre Dienstleistungen herunter – ohne Projekt für die Zukunft. Swisscom, genauso visionslos, hat jede weitergehende Innovation eingestellt und darf auch nicht ins Ausland expandieren.

4. Offensives Wissen

Die Mitglieder von syndicom verfügen zusammengenommen über die grösste virtuelle Wissens-Datenbank zur Digitalisierung. Wissen ist der Rohstoff dieser Industriellen Revolution. Wir wollen diesem Wissen konkrete Gestalt geben und es der Gesellschaft (ande-

ren Gewerkschaften, KMU, Zivilgesellschaft) zur Verfügung stellen. Auch das ist Teil einer demokratischen digitalen Transformation.

Den Prozess so lange wie möglich offen halten

Wer über die Zukunft spricht, vergisst oft, dass sie schon im Gange ist. Die Auseinandersetzung um die zwei Wege der Digitalisierung findet längst statt. Das zeigen die Versuche im Parlament, die Arbeitszeitbegrenzung auszuhebeln. Digitalisierung ist heute. Wir brauchen Zeit, um sie zu gestalten. Zwischen den Sozialpartnern und in der Gesellschaft müssen Abstimmungen und Verhandlungen stattfinden, etwa über Arbeitszeitverkürzung, Steuer-Modelle für Maschinen, die Investitionen in sinnvolle Techniken und Ausbildung und etliches mehr. Der Hebel zur Digitalisierung kann nicht die Vorab-Deregulierung der Arbeit sein. Wenn Aktionäre als Vorbedingung für ihre Investitionen die Prekarisierung der Arbeitenden verlangen, sollen sie ihre Investitionen sein lassen. Wir werden deshalb alles unternehmen, um die weitere Abschwächung eines ohnehin schon schwachen Schutzes der Arbeit rabiat zu stoppen. Nur wenn wir fait-accompli verhindern, bleibt der Prozess für eine soziale und demokratische Digitalisierung offen.

Die zentrale Rolle der öffentlichen Hand

Die Digitalisierung trägt in sich alle Gefahren für Wohlstand und Demokratie. Geschieht sie ungesteuert, wird sie Hunderttausende an den Rand der Gesellschaft drängen, die Vermögenskonzentration beschleunigen und den sozialen Frieden zerstören. Der digitale Umbau kann nur zum Nutzen der breiten Mehrheit und einer offenen, sozialen, wirtschaftlich kräftigen Schweiz gelingen, wenn die öffentliche Hand – Bundesrat und Parlament, Kantone und Verwaltung – den Umbau aktiv und steuernd begleitet. Mehr: Wenn sie ihn in jenen Bereichen anstösst, resp. beschleunigt, wo die privaten Investoren nicht handeln. Dafür braucht es einen klaren Blick auf die Vierte Industrielle Revolution. Es braucht Dienstleistungs- und Industriepolitik. Einen digitalen Service public. Gesellschaftspolitik für die digitalisierte Gesellschaft.



Arbeit 4.0 Für eine soziale und demokratische Digitalisierung

Die Thesen der Gewerkschaft syndicom

Die Welt und mit ihr die Schweiz befinden sich in einer digitalen Transformation, die sich stark beschleunigt. Sie hat die Wucht einer Vierten Industriellen Revolution. Die Geschichte lehrt uns, dass solche Umwälzungen viel mehr sind als technischer Fortschritt. Industrielle Revolutionen stellen nicht nur die Wirtschaft auf den Kopf – sie verändern die gesamte Gesellschaft: Unsere Formen zu arbeiten, zu konsumieren, uns auszutauschen, zu reisen und zu transportieren. Die sozialen Beziehungen werden durchgerüttelt und neu geordnet. Bis hin zur Politik und unseren Möglichkeiten der demokratischen Mitentscheidung.

Die Digitalisierung der Welt stellt die Frage nach der Zivilisation: Wie wollen wir künftig leben und arbeiten?

Sollen wir als elektronisch vernetzte, aber real isolierte Individuen in prekären Arbeitsverhältnissen und sozialer Unsicherheit permanent um unsere Existenz ringen? Ohne Sicht auf unsere Zukunft (und die unserer Kinder), extrem kontrolliert und an Maschinen gebunden in einer zerfallenden Gesellschaft? Genau dies verspricht eine vom Profit gesteuerte Digitalisierung.

Wir kämpfen gegen diese digitale Barbarei. Gleichzeitig erkennen wir in den Produktivitätsgewinnen, in den neuen kognitiven Möglichkeiten und in den veränderten Formen von Arbeit der digitalen Transformation die Möglichkeiten für einen zivilisatorischen Fortschritt: Verkürzte Arbeitszeiten, bessere Arbeit, erhöhte soziale Sicherheit, neue Formen von Tätigkeit, mehr Chancengleichheit, lebenslange breite Bildung, einen ökologischeren Umgang mit uns selbst und der Welt, gesellschaftliche und politische Transparenz durch kluge Netze. Und einiges mehr.



Veränderungen von solcher Tragweite müssen in einer gesellschaftlichen Diskussion ausgehandelt werden. Sie dürfen nicht allein von den Investitionsentscheidungen der Aktionäre und Banker bestimmt sein. Es ist unsere Rolle als Gewerkschaft, als Selbstorganisation der Arbeitenden, die digitale Transformation mitzugestalten. Die digitale Transformation ist gestaltbar.

Denn sie wird keineswegs allein von der technischen Innovation getrieben. Solche Umwälzungen haben keinen «natürlichen», zwingenden Verlauf. Zu Beginn sind sie relativ offene Prozesse. Ökonomische und politische Entscheidungen bestimmen, ob die Digitalisierung ihre Versprechen einlöst und sozialen Fortschritt bringt. Die Verhandlung solcher Prozesse ist ein Erfolgsmodell. Sie haben der Schweiz eine lange Phase sozialen Friedens und des Wohlstandes gebracht.



1. Die bessere Digitalisierung

Wir verstehen die digitale Transformation zur Arbeit 4.0 als eine gewaltige gesellschaftliche Umwälzung. Sie ist viel mehr als ein technischer oder ökonomischer Vorgang. In dieser Revolution stecken Chancen für einen grossen zivilisatorischen Fortschritt. Sie macht die Behebung der Prekarität durch Produktivitätsgewinne möglich. Sie erlaubt die massive Reduktion der Arbeitszeit. Die Stärkung der sozialen Sicherheit. Die Abschaffung repetitiver oder/ und gefährlicher Arbeit. Die gerechtere Verteilung des Wohlstandes. Und die weitgehende Demokratisierung von Produktion und Politik.

2. Digitalisierung gestalten

Werden solche Veränderungen der Produktionsformen allein durch die Investitionsentscheide marktmächtiger Konzerne, grosser Aktionäre und der Banken gesteuert, bringen sie asymmetrische Wirtschaftsformen hervor, die für die gesamte Gesellschaft nachteilig sind. Soll die Digitalisierung zum Wohle der Schweiz gelingen, braucht sie öffentliche Verhandlung, sozialpartnerschaftliche Abstimmung und eine starke, steuernde öffentliche Hand. Der Versuch der Arbeitgeber, die Transformation durch die Deregulierung des Arbeitsgesetzes (Arbeitszeiten, Arbeitsvertrag) vorzubestimmen, ist ein gefährlicher Irrweg. Die öffentliche Hand muss klare Regeln durchsetzen. Ihre Prinzipien: Schutz der Arbeitenden. Garantie der sozialen Sicherheit, der Grundrechte, der Demokratie und gewerkschaftlicher Rechte. Gezähmter Einsatz von Big Data, Künstlicher Intelligenz und neuer Geschäftsmodelle wie etwa Plattformen oder Blockchains.

3. Ein Recht auf Arbeit

Allein die Arbeit schafft Wert und Wohlstand. Deshalb muss die Arbeit in der Digitalisierung in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden. Verfassung und Gesetze weisen ihr heute eine untergeordnete Rolle zu. Das lässt die Zerstörung gesicherter Arbeitsverhältnisse durch digitale Techniken zu. Deshalb muss für die Arbeit und die

Arbeitenden in Verfassung und Gesetz ein gesicherter Status geschaffen werden. Denn Lohnarbeit ist viel mehr als Broterwerb. Im Arbeitszusammenhang konstituiert sich ein grosser Teil des gesellschaftlichen Wesens Mensch. Das gesetzliche Recht auf Arbeit muss die Arbeit vor dem Kapital privilegieren.

4. Digitaler Service public und Netzneutralität

Riesige Weltkonzerne, deren Wirtschaftsmacht jene von vielen Staaten übersteigt, kontrollieren die Digitalisierung. Digitalisierung treibt ihrerseits die weitere Kapitalkonzentration voran. Manche digitale Techniken verlangen enorme Investitionen. Deshalb muss ein Digitaler Service public den Zugang und die Verfügbarkeit digitaler Techniken für die Menschen und die KMU sichern. Dies meint mehr als den ständigen Ausbau der ICT-Netze. Die öffentliche Hand muss auch die Netzneutralität sichern, um die Machtgefälle in der Netznutzung zu neutralisieren. Zudem muss der erweiterte Service public einen Fächer von strategischen digitalen Applikationen (etwa Big Data) zur Verfügung stellen.

5. Medien in der Digitalen Welt

Es muss sichergestellt werden, dass die Medien als einer der Grundpfeiler der Demokratie und als Teil des Service public weiterhin guten Journalismus pflegen. Zudem muss sichergestellt werden, dass Medienschaffende weiterhin angemessen für ihre Arbeit entschädigt und Urheberrechte nicht ausgehebelt werden. Die Finanzierung des unabhängigen Journalismus muss auf allen Kanälen (Print, Online, TV/Radio) mit neuen Modellen der Medien- und Journalismus Förderung sichergestellt werden.

6. Recht auf die eigenen Daten

Zum Schutz der Würde und Privatsphäre des Menschen ist der Datenschutz den neuen technologischen Möglichkeiten anzupassen. Jeder Mensch muss das Recht haben, das Erheben von persönlichen Daten einzuschränken und seine Daten im Internet und ähnlichen Netzwerken löschen zu lassen. Entscheidend ist heute die systema-



tische Verknüpfung unterschiedlichster Datensätze zu Zwecken des Marketings und der sozialen Kontrolle. Jede Verknüpfung von erhobenen Datensätzen muss eine automatische Meldepflicht an die betroffene Person auslösen. Kommerzielle Systeme wie Bestell- oder Zahlungsmechanismen sind nur zulässig, wenn sie den Nutzern die Möglichkeit lassen, die Angebote datenspurfrei zu nutzen. Die Mittel und Kompetenzen der öffentlichen Datenschutzstellen sind massiv auszubauen. Das Verfügungsrecht über ihre persönlichen Daten gilt auch für die Arbeitenden gegenüber dem Unternehmen.

7. Digitalen Taylorismus regulieren

Immer mehr Unternehmen setzen, heimlich oder offen, ausgeklügelte digitale Instrumente zur Arbeitsüberwachung, zur Intensivierung der Arbeit und zur Bewertung der Arbeitenden ein. Es werden etwa physiologische Daten erhoben, es werden Instrumente die Emotionskontrolle und -steuerung eingerichtet, die Kommunikation wird systematisch ausgewertet und sogar automatische Eingriffe der Maschine in die Arbeit werden installiert. Das ist eine Verletzung der Grundrechte der Arbeitenden. Der Mensch wird zur Verlängerung der Maschine. Ausserdem zwingt ihn dies dazu, den Lernprozess der Maschine (Künstliche Intelligenz) zu befördern mit dem Ziel, den eigenen Job abzuschaffen. Die Folgen sind völliger Kontrollverlust über die eigene Arbeit, Stress und Krankheiten, Isolierung und Desolidarisierung der Arbeitenden...

Solche Instrumente müssen einer automatischen Meldepflicht an die Arbeitenden und die Gewerkschaften unterstellt werden. Sie dürfen nur mit deren Einverständnis eingerichtet werden. Die erhobenen Daten sollen von den Betroffenen jederzeit eingesehen werden können. Sie haben das Recht, ihre Vernichtung zu verlangen. Spielen sie bei Bewertungen eine Rolle, muss der Arbeitgeber das ausweisen. Diese Instrumente müssen im GAV geregelt sein. Aber Gesamtarbeitsverträge genügen nicht: Die Instrumente müssen gesetzlich reguliert und Zuwiderhandlungen sanktioniert werden.

8. Arbeitszeit verkürzen

Wirtschaft und Technik haben dem Menschen zu dienen – nicht umgekehrt. Digitalisierung zielt in der kapitalistischen Ordnung darauf, den Anteil lebendiger Arbeit in der Wertschöpfung zu verringern. Das Arbeitsvolumen nimmt ab. Der Produktivitätsfortschritt der digitalisierten Arbeitswelt muss an die Arbeitenden weitergegeben werden, in Form einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit. Das ist ein wirksames Mittel zur besseren Verteilung der Arbeit, also ein Instrument gegen die digitale Massenarbeitslosigkeit.

9. Neue Arbeit

Das Recht auf Arbeit und Arbeitszeitverkürzungen allein genügen wahrscheinlich nicht, die zu erwartende Zerstörung von Jobs durch die digitale Transformation aufzufangen. In der früheren, dritten industriellen Revolution konnten die Arbeitenden in den wachsenden Tertiär-Sektor ausweichen. Der Quartäre Sektor gilt es erst noch zu definieren. Ob dies gelingen kann, weiss niemand. Wir brauchen heute zwei Dinge: Alle Anstrengungen, um möglichst viele Arbeitende in einem normalen Erwerbsprozess zu halten. Dazu gehören etwa öffentliche Investitionen in den ökosozialen Um- und Neubau, sowie in weitere Bereiche. Das muss, zweitens, von einer breit geführten Debatte über gesellschaftlich nützliche Arbeit, neue Arbeit und Erwerbsformen begleitet sein. Die Gewerkschaft soll in dieser Debatte eine aktive, innovierende Rolle einnehmen.

10. Das Recht auf permanente, sinnstiftende Bildung

In der digitalisierten Welt veralten Wissen und die Qualifikationen in beschleunigtem Rhythmus. Das ist nicht nur für Berufskarrieren entscheidend. Wissensgefälle spalten die Gesellschaft (digital divide, digital gender divide). Darum muss jeder Mensch ein Recht auf permanente Bildung (Weiterbildung ist nicht genug) haben. Dieses Recht muss niederschwellig einforderbar sein (Bildungsbons etc.). Regelmässige Bildungsmomente sollen zu jeder Biographie gehören.



Das duale Bildungssystem der Schweiz ist eine gute Grundlage. Es muss ausgebaut und weiter gestärkt werden. Dabei geht es nicht nur um technisches Empowerment. Schon in der Primarschule programmieren zu lernen, ist zu wenig. Gerade in der digitalen Welt bewegt sich nur gut, wer über ein breites, allgemeines, vernetztes, ermächtigendes Wissen verfügt. Dabei darf die emotionale und soziale Kompetenz nicht auf der Strecke bleiben. Die Gewerkschaft geht weiter davon aus, dass die herkömmlichen Bildungsinstitutionen allein diese permanente Bildung nicht leisten können. Lebenslanges, sinnstiftendes Lernen braucht innovative Lösungen und neue Institutionen.

11. Produktions- und Innovationsfonds

Innovation in Digitalisierung, ökologischem Umbau und weiteren Bereichen braucht ein alternatives Kreditangebot zu den Banken. Heute behindert das Geschäftsgebaren der Geldhäuser die Innovation. Ein Produktionsfonds muss diesen alternativen Kredit anbieten. Er muss substantiell sein (mind. 30 Milliarden). Er soll aus Pensionskassengeldern gespeist werden und tripartit verwaltet sein und die Einlagen stabil verzinsen. Die SNB garantiert die Einlagensicherheit gegenüber den Pensionskassen. Eine Agentur für Innovation bewertet die Projekte.

12. Gegen die Uberisierung der Gesellschaft

Die digitale Transformation bricht herkömmliche Wertschöpfungsketten auf und macht neue Geschäftsmodelle möglich (Crowdworking, Plattformökonomie, etc.). Die Deregulierung der Arbeit ist der entscheidende Faktor der Digitalisierung. Werden die Arbeitenden nicht geschützt, scheitert die bessere Digitalisierung. Das Recht auf Arbeit ist die grundlegende Antwort, weil es einen universellen Arbeitsvertrag einführt, der auch für die Plattformökonomie zwingend ist (Gütesiegel und Zertifizierungen können ein Anfang sein). Arbeitszeitverkürzung ist eine weitere Antwort. Die klare Trennung von Arbeit und Freizeit ist ein drittes Element, das gesetzlich durchgesetzt werden muss (internetfreie Zeit oder andere Modelle). Ge-

sunde Arbeit, also eine ausgebaute digitale Arbeitsmedizin ist die vierte, notwendige Voraussetzung. Schliesslich verfügt die öffentliche Hand über einen wichtigen ökonomischen Hebel, um die Arbeitenden zu schützen: Sie beschafft jedes Jahr für 41 000 Millionen Franken Güter und Dienstleistungen. Über klare Regeln bei der Beschaffung (Beschaffungsgesetz) muss sie Standards und Bedingungen durchsetzen: soziale Mindeststandards, Lohngleichheit etc. Vor allem aber muss sie das Leistungsortsprinzip durchsetzen.

13. Maschinen- und Robotersteuer

Roboter und digitalisierte Dienstleistungen bezahlen keine AHV, intelligente Maschinen keine Steuern. Die digitale Transformation entzieht der öffentlichen Hand und den Sozialversicherungen die notwendigen Mittel. Sie gefährdet damit den Wohlfahrtsstaat und den sozialen Frieden und macht auch den zwingenden Ausbau des digitalen Service public unmöglich. Eine Steuer auf intelligente Maschinen, digitalisierte Dienstleistungen und Roboter muss das kompensieren. Zentral dabei ist, dass sie so eingerichtet wird, dass von ihr keine Impulse für Automatisierung ausgehen. Arbeit ist und muss das Zentrum der Gesellschaft bleiben. Ebenso müssen Steuern auf Kapitalgewinnen und Kapitaltransaktionen ins Auge gefasst werden.

14. Wir sind open

Die bessere Digitalisierung gelingt nur, wenn der Zugang zu digitalen Techniken demokratisiert ist, also offen bleibt. Offen bedeutet: dem Zugriff privater Interessen entzogen. Deshalb drängen wir darauf, dass möglichst viele Bereiche Open Source bleiben. Frei zugängliche Software, Hardware, Wissen, Open Data, als Basis der Systeme der öffentlichen Hand und einiges mehr.



15. Ökologische Digitalisierung

Digitale Techniken können und müssen für den ökologischen Umbau genutzt werden (intelligente Material- und Energiesteuerung etc.). Dies ist eine für die Menschheit entscheidende Anwendung digitaler Techniken. Gleichzeitig bringt Digitalisierung eine neue Herausforderung. Ökologie ist der sorgsame Umgang des Menschen mit sich selbst und der Umwelt. Dazu gehört auch der ökologische Umgang mit eigenen Ressourcen wie Zeit, Aufmerksamkeit, Emotionen. Darum muss digitale Medienökologie ein Kernbereich der Arbeitsmedizin, der Bildung auf allen Stufen und der Politik werden.

16. Erweiterung des gewerkschaftlichen Mandats

Die Gewerkschaft weiss: In einer digitalisierten Welt genügen die klassischen Instrumente und Konzepte gewerkschaftlicher Arbeit allein nicht mehr. So ist etwa die Unterscheidung zwischen Produktionsarbeitenden und Angestellten ohnehin längst obsolet. Heute müssen wir dem Ende grosser Kernbelegschaften, neuen (Heim-) Arbeitsformen und potentiell massenhaften Jobzerstörungen Rechnung tragen. Das bedeutet unter anderem, dass wir andere Formen finden müssen, um für die Arbeitenden, alle Arbeitenden, günstige Kräfteverhältnisse zu schaffen. Unsere Vorschläge etwa zum Recht auf Arbeit, zur Netzneutralität, zur Sicherung der Steuern und Sozialversicherungen und für einen Digitalen Service public sind erste Antworten. Sie sind work in progress. Wir werden weitere Strategien entwickeln. Die Aufgabe besteht darin, die Gewerkschaft für das digitale Zeitalter zu schaffen. Unser Projekt heisst Arbeit 4.0. Offensichtlich ist: Die Gewerkschaft wird dabei ihr Mandat erweitern müssen. So wird es etwa immer wichtiger werden, nicht nur Lohnarbeitende, sondern alle Tätigen zu organisieren, welche die neuen Möglichkeiten nutzen (etwa die Autonomen lokalen Produzenten, die sich nicht als Ich-AGs verstehen wollen).

Für syndicom ist zudem zentral, dass nicht nur die Trennung von IT-Infrastruktur und Kommunikation überholt ist. In der digitalen Welt sind zunehmend auch Datenfluss und Produktion nicht mehr

zu unterscheiden. Die Netzwerk- und Logistik-Gewerkschaft kommt also in der Industrie an.

Schliesslich, um eine dritte Entwicklung zu nennen, die neue Strategien erfordert: Demokratie und Grundrechte werden nur verteidigt werden können, wenn es gelingt, ein paralleles, freies, offenes Netz zu bauen. Gesellschaftspolitik für die digitalisierte Gesellschaft.



Arbeit 4.0

Recht auf Arbeit oder der generelle Arbeitsvertrag

Arbeit geht vor Kapital

Die soziale und demokratische Digitalisierung enthält hohe Potentialitäten. Sie schafft neue, interessante, bessere Berufsbilder und Tätigkeiten. Produktivitätsgewinne lösen das alte Versprechen ein, dass wir weniger arbeiten müssen, um unsere Lebensgrundlagen zu erarbeiten. Kürzere Arbeitszeiten verteilen die geringer werdende Lohnarbeit gerechter. Mehr eigene Zeit schafft Raum für ein reicheres Leben, für gesellschaftliche Kreativität und für lebenslange Bildung. Digitalisierung könnte eine Stufe der menschlichen Emanzipation von ökonomischen Zwängen sein.

Doch wir wissen: Diese bessere Digitalisierung findet nur statt, wenn die Arbeitenden sie erzwingen. Dafür braucht es klare Vorstellungen, Mobilisierung, Arbeitskämpfe, politische Auseinandersetzungen. Denn so wie die digitale Transformation von den Arbeitgebern und der neoliberalen Politik nicht nur angedacht, sondern bereits aufgelegt ist, muss sie zu Massenarbeitslosigkeit, Wohlstandsverlust, noch extremerer Chancen- und Vermögensungleichheit führen.

Also zu einer Verschärfung der tiefen gesellschaftlichen Krise, die der finanziarisierte Kapitalismus (Akkumulation von riesigen Geldmengen) hervorbringt.

Nicht die Technik entscheidet, wie wir morgen leben und arbeiten. Technik kennen wir. Technik können wir. Es geht darum, dass wir verhindern, dass die Digitalisierung dazu benützt wird, die sozialen Errungenschaften zurückzudrehen, welche die Arbeitenden in 150 Jahren harter Kämpfe und Entbehungen errungen haben. In technischen Umbrüchen ist das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein Zeitfenster lang einen Spalt offen. Die Regeln werden neu adjustiert. Alle wichtigen sozialen Errungenschaften haben die Arbeitenden in solchen Phasen erstritten. Genau so kann



es auch in der Vierten Industriellen Revolution geschehen. Dafür müssen ein einfaches und im Kern offensichtliches Prinzip durchsetzen, unser Prinzip: Arbeit kommt vor Kapitalgewinn.

Alles dreht um die Arbeit

Was ihre PR-Büros und der Bundesrat auch immer behaupten: Im Kern des Aktionärs-Projekt zur Digitalisierung steht die Komprimierung der Arbeit und damit ihre Prekarisierung. Zudem sagen sich die Kapitalbesitzer in der Digitalisierung endgültig von der Gesellschaft los.

Ihre Strategie zielt darauf, den Arbeitenden jede Sicherheit zu nehmen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Die Sicherheit der Sozialversicherung. Die Sicherheit von Lohn, Arbeitszeit etc. Die Sicherheit, durch die Trennung von Arbeit und freier Zeit (Zeitautonomie) ein gesellschaftliches Leben zu haben.

Dies ist ein historischer Bruch. Wir erinnern uns: Auch für die bürgerlichen Denker der Aufklärung waren solche Sicherheiten die



Grundlagen für ein stabiles Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Kapitalismus. Heute greifen die Denker und Planer eines autoritär neoliberalen Kapitalismus diese Grundlagen an.

Ihre ersten Angriffe gelten der Arbeitszeit (und deren Kontrolle) und dem Arbeitsvertrag als (meist kollektiv verhandeltes) rechtlich abgesichertes Verhältnis zwischen Arbeitenden und Unternehmen. Dabei steht sehr viel auf dem Spiel. Diese Angriffe müssen wir bedingungslos zurückweisen. Denn lassen wir zu, dass an Arbeitszeit oder Vertragssicherheit Abstriche gemacht werden, legen wir unsere einzige Waffe aus der Hand: Wir können dem Kapital die Arbeit entziehen. Das meint nicht nur den Streik (Streik, Bummelstreik, Absentismus etc.).

Der digitale Umbau verlangt von den Arbeitenden grosse Anpassungsanstrengungen. Wir müssen die neue Technik lernen und verstehen. Wir müssen sie im Arbeitsalltag verbessern und organisieren. Wir sorgen für Qualität. Wir stellen uns physisch und mental auf die digitale Welt ein. In der Freizeit schulen wir uns. Und manchmal organisieren wir für die Arbeit sogar unser Familienleben neu. Jede und jeder, der/die arbeitet weiss: Es sind diese Anpassungs-, Bildungs- und Organisationsleistungen der Arbeitenden, die den Betrieb am Laufen halten.

Wir müssen den Aktionären und ihren Managern klar machen, dass diese Anstrengung einen Preis hat. Unseren Preis. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes zum Beispiel (warum sollten wir uns auch für unsere eigene Weg-Rationalisierung anstrengen?). Dann: Zeit und Geld für Ausbildung und Weiterbildung. Weiter: geregelte Freizeit (warum sollten wir arbeiten, wenn keine Zeit zum Leben bleibt?). Mitsprache bei der Gestaltung unserer Arbeit, dem Gesundheitsschutz und vielem mehr.

Wer unsere Arbeit und unsere Anpassungsleistungen will, muss mit uns verhandeln. Wir tauschen sie nur gegen die Sicherung sozialer Errungenschaften plus einer Reihe neuer Errungenschaften.

Das ist unsere Ansage zum digitalen Umbau

Der entscheidende Schritt: ein Statut für die Arbeit.

In der Tradition der Sozialpartnerschaft setzten die Arbeitenden ihre Interessen per Verhandlungen und Kollektivverträge durch. Seit etwa drei Jahrzehnten zeigen die Aktionäre jedoch eine wachsende Neigung, diese Mechanik befriedeter Sozialbeziehungen zu schleifen. In manchen Bereichen ist das noch nicht geschehen und die Unternehmen sehen Vorteile in der Sozialpartnerschaft. Doch in immer mehr Konzernen und Branchen wechseln die Manager und Besitzer zur nackten Kommandowirtschaft.

Wohin der Trend geht, enthüllen heute die Versuche, die Gesamtarbeitsverträge und überhaupt geregelte Verträge per Gesetz auszuschalten. Durch die Deregulierung des Arbeitsgesetzes. Genau dies tun die Digitalisierer, wenn sie etwa fordern, die Unterscheidung zwischen geregelter Arbeitsverhältnis und Heimarbeit aufzuheben. Oder wenn sie die Arbeitszeit entgrenzen wollen. Nebenbei stellen sie den sozialen Frieden in Frage. Das ist bedrohlich, weil die Arbeit in der Schweiz rechtlich ohnehin schon schlecht geschützt ist. Die Arbeit ist in der Schweiz schlechter geschützt als anderswo. In der Schweizer Bundesverfassung schützen diverse Bestimmungen das Kapital, das Privateigentum, die Aktionäre, so etwa die Artikel 26 (Eigentum), 27 (Wirtschaftsfreiheit), 94 (Grundsätze der Wirtschaftsordnung), 95 (Privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit), 96 (Wettbewerb), 98 (Banken und Versicherungen), 99 (Geld- und Währungspolitik), 100 (Konjunkturpolitik), 101 (Aussenwirtschaftspolitik), 103 (Strukturpolitik), 28 (Koalitionsfreiheit), 64 (Forschung), 63 (Berufsbildung), 63a (Hochschulen), 65 (Statistik), 108 (Wohnungsbau) etc.

Die Arbeit aber ist in der Verfassung nur ein marginales Thema. Abgesehen von Artikel 8.3 (gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit), der symmetrischen Koalitionsfreiheit und des Streikrechts, minimalen Bestimmungen zur sozialen Sicherheit (Art. 41) und der Arbeitslosenversicherung (Art. 114), widmet sich nur Artikel 110 der Arbeit. Es ist bezeichnenderweise kein Muss- sondern Kann-Artikel:



Art. 110 Arbeit

1 Der Bund kann Vorschriften erlassen über:

- a. den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- b. das Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, insbesondere über die gemeinsame Regelung betrieblicher und beruflicher Angelegenheiten;
- c. die Arbeitsvermittlung;
- d. die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen.

So definiert die Verfassung ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem private Produktionsmittel über die Arbeit aller kommandieren. Kombiniert mit einer ausgesprochen neoliberalen Laissez-faire-Politik, die etwa zulässt, dass die Nationalbank mit ihrer Franken-Überbewertung Arbeitsplätze zerstört und Strukturpolitik gegen die Industrie macht, ergibt dies eine arbeitsfeindliche Politik. Auf Gesetzesebene ist dies noch schärfer ausgeprägt: so gibt es in der Schweiz etwa keinen realen Kündigungsschutz.

Die sozialen Beziehungen sind in der Schweiz nicht um das Gesetz gebaut (wie in einigen anderen Ländern), sondern um den Vertrag, um individuelle und kollektive Arbeitsverträge. Also um organisierte, starke Sozialpartner. Verhandlungen setzen voraus, dass wir Gewerkschaften ein günstiges Kräfteverhältnis schaffen können. Weil das rechtliche System aber gleichzeitig eine Hierarchie zwischen Kapital und Arbeit festschreibt (Kapital geht vor Arbeit), entstehen nur dann gerechte Verträge, solange die Kapitalbesitzer einerseits und der Staat andererseits ein Interesse daran haben, die Arbeit zu schützen. Dieses Interesse ist heute nicht mehr gegeben. Hier liegt das Kernproblem: Soll beim digitalen Umbau die arbeitende Mehrheit der Bevölkerung nicht unter die Räder kommen und soll die Schweiz ihren sozialen Wohlstand nicht verlieren, müssen wir für die Arbeit einen neuen rechtlichen Rahmen schaffen. Führen die Gewerkschaften nur punktuelle Kampagnen, so wie aktuell gegen Über oder gegen die Abschaffung der Arbeitszeitkontrolle, verlieren am Ende die Arbeitenden.

Deshalb braucht es heute eine starke Verankerung der Arbeit in der Verfassung und wirksame Gesetze zum Schutz der Arbeit. Wir wissen, dass wir damit die Rechtstradition der sozialen Beziehungen in der Schweiz auf eine neue Grundlage stellen. Doch wir haben keine Wahl: Der Angriff der Besitzenden via Gesetz hat den Systemwechsel längst ausgelöst.

So können wir die Arbeit besser schützen

Die Arbeit braucht einen neuen Status, ein Statut für alle Arbeitenden. Dies kann auf verschiedenen Wegen geschehen. Zuerst über die Verteidigung und den Ausbau des Arbeitsgesetzes, resp. der Bestimmungen zum Arbeitsvertrag im Obligationenrecht. Eine andere Möglichkeit wäre die Modernisierung der Bundesverfassung. Zum Beispiel mit einem neuen Artikel 110.

Machen wir die Absicht deutlich, die hinter dieser Überlegung steht:

1. Wir bringen hier nicht einfach den Arbeitsschutz zur Sprache, sondern schlagen mit dem Recht auf Arbeit einen Paradigmenwechsel vor. Das Recht auf Arbeit ist in Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert, in Artikel 1 der Europäischen Sozialcharta und in Artikel 6 des Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.
2. Wir formulieren hier einen Anspruch auf einen generellen Grundvertrag für jede Form von Arbeit. Das löst das Problem, dass heute sehr unterschiedliche Vertragsverhältnisse die Arbeit regeln.
3. Das Recht auf Arbeit setzt ein für die Schweiz neues rechtliches Prinzip in Kraft: Arbeit geht vor Kapital(gewinn). Dieses Prinzip müsste eigentlich in jeder modernen Gesellschaft, die auf Zusammenhalt bedacht ist, selbstverständlich sein. Wir formulieren es nicht explizit, um zu vermeiden, in Konflikt mit Verfassungsartikeln wie jenem zur Wirtschaftsfreiheit zu kommen.

Ein solcher Verfassungsartikel würde die realen Besitzverhältnisse nicht tangieren. Und er würde auch diverse reale Probleme nicht lösen. So macht er etwa keine Vorgaben über eine notwendige inno-



vative Wirtschaftspolitik. Aber er wäre die Grundlage für eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir leben und arbeiten wollen. Zumindest würde das die Position der Arbeitenden und ihrer Organisationen stärken.

Das ist entscheidend, wollen wir die digitale Transformation nicht nur passiv erleiden. Wir müssen neue Optionen ins Spiel bringen, um die potentiellen Gewinne der Digitalisierung an den Tag zu holen und sie auch auszuschöpfen. Mit einem Vorstoss wie dem Recht auf Arbeit setzen wir ein starkes Stopp-Signal. Das ist eine elementare Frage der Strategie. Ein so wirkungsmächtiger Vorgang wie eine Industrielle Revolution verdient eine gesellschaftliche Debatte. Diese Debatte können nur die Organisationen der Arbeitenden anstossen.

Mit dem Recht auf Arbeit schaffen wir einen starken Hebel, um die Stimme der Arbeitenden hörbar zu machen.

Es ist davon auszugehen, dass die Digitalisierung Stellen kostet. Muss sie das? Fest steht nur, dass sie gewisse Arbeiten überflüssig macht und andere Arbeiten beschleunigt. Es besteht also die Option Massenarbeitslosigkeit (mit allen Folgeproblemen). Wir wissen, dass wir andere Antworten hätten: Etwa die massive Verkürzung der Arbeitszeit. Es wäre ein Gewinn, wenn die Digitalisierung uns von einem Stück Lohnarbeit befreit. Der geschaffene wirtschaftliche Wert bleibt sich ja gleich, wenn Arbeit rationalisiert wird. Das Problem ist nur seine Verteilung. Sollen sich die Aktionäre allein alle Digitalisierungsgewinne raffen?

Die Arbeitszeit ist nur eines der brennenden Themen:

- Wie organisieren wir die notwendige Um- und Weiterbildung für die neuen Qualifikationen?
- Wie sichern wir unsere Freizeit?
- Wie verhindern wir unsere totale Entmündigung durch den digitalen Taylorismus?
- Wie lösen wir das Problem, dass Roboter und intelligente Maschinen nicht in die AHV und auch nicht in die Arbeitslosenkasse einzahlen?

- Wie setzen wir durch, dass digitale Arbeitsplätze nicht mehr unsere Gesundheit ruinieren?
- Wie besteuern wir die Erträge des Kapitals, um die Mittel für die notwendigen Massnahmen der öffentlichen Hand, etwa eine starke Dienstleistungs- und Industriepolitik oder die Umschulung von Entlassenen zu generieren?
- Wie beenden wir den Investitionsstrik des Kapitals?
- Mit welchen Angeboten öffentlicher Unternehmen wie der Swisscom oder der Post stellen wir sicher, dass auch KMU die Vorteile der Digitalisierung nutzen können und nicht nur die Grosskonzerne?
- Und welche digitalen Techniken und Angebote dienen uns allen?
- Wie setzen wir, die Digitalisierung nutzend, die Rückverteilung der mörderischen Konzentration der Vermögen in Gang?
- Wie können wir Massenentlassungen so teuer machen, dass die Option Arbeitsplatzzerstörung ökonomisch weniger reizvoll wird als die Weiterbeschäftigung?
- Was können wir gegen die Weltherrschaft von einem halben Dutzend Digital-Superkonzernen vorkehren?
- Wie schaffen wir die soziale Digitalisierung?
- ... und viele mehr.

Wir könnten die Digitalisierung für mehr Gemeinwohl nutzen. Lösungen und Modelle liegen auf dem Tisch. Nur: Sie werden so lange nicht diskutiert, als wir die Diskussion nicht erzwingen.

Der Vorschlag Recht auf Arbeit dient genau dazu.



Arbeit 4.0 Kleine Ökonomie der Digitalisierung

Wenn etwas gratis ist, dann bist Du die Ware

Wollen wir verstehen, wie die Vierte Industrielle Revolution verläuft und was sie anrichtet, müssen wir ihre ökonomischen Mechanismen kennen. Denn Ökonomie macht die Digitalisierung. Dabei entscheiden Besitzverhältnisse, der Zustand des Wirtschaftssystems, seine inneren Regeln, die Politik der öffentlichen Hand, die Interventionen der Arbeitenden und ihrer Gewerkschaften und einige weitere Faktoren darüber, in welcher Gestalt und mit welchen Geschäftsmodellen uns die digitale Transformation entgegentritt. Diese kleine Anstrengung einer ökonomischen Analyse erlaubt uns, die richtigen Strategien zu finden, um auf diese Revolution Einfluss zu nehmen.

Drei elementare Zusammenhänge

- Gemacht wird in der gegenwärtigen kapitalistischen Ökonomie nicht, was technisch möglich oder nützlich wäre, sondern nur das, was schnellen Ertrag erwarten lässt. Manche Techniken werden nie eingesetzt werden, wenn allein die Aktionäre entscheiden. Andere Techniken aber wird das Kapital ausreizen. Auch deshalb sind Forderungen nach einer umfassenden Investitionspolitik nötig. Immer wieder gab es Technik-Trends, die schnell versandet sind, wie etwa der Nano-Hype. Das sollten wir vor Augen haben, wenn die Arbeitgeber und die Medien die enormen digitalen Möglichkeiten feiern.
- Die Arbeitenden und ihre Organisation unterschätzen oft die Wirkung ihrer Interventionen. Gewiss, das Kapital (Aktionäre, Fonds, Patrons) hat das Kommando. Doch nicht allein seine eigenen Gesetzmässigkeiten (wie etwa die Kapitalakkumulation) bestim-



men unsere Realität: Die Produktions- und Dienstleistungsformen sowie die sozialen Verhältnisse spiegeln immer auch ein Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Der Generalstreik von 1918 hat etwa die Friedensabkommen der 1930er Jahre hervorgerufen. Weil die Gewerkschaften in den 1980ern eingebunden waren und sich im Tiefschlaf befanden, konnte die neoliberale Reform durchmarschieren.

- Heute befinden wir uns wieder an einer Epochenwende. Die beste Nachricht daran ist: Was wir tun (oder nicht tun), entscheidet über die digitale Transformation mit. Soziale Fortschritte wurden immer in Momenten technischer Umbrüche und kapitalistischer Krisen erkämpft. Heute ist wieder ein solches Zeitfenster aufgegangen.

Der Zustand der Ökonomie: Kritisch

- Die grosse Krise, die im Sommer 2007 begann, ist nicht vorüber. Die Finanzwirtschaft und damit das System bleiben extrem labil



und müssen regelmässig durch aufwendige Interventionen stabilisiert werden. Die Verschuldungskrise der Staaten (eher eine Spekulationskrise auf staatliche Schulden) ist nur eine weitere Episode der grossen Krise. Zudem haben die Besitzenden in der Krise die Spielregeln verschärft. Fast der gesamte wirtschaftliche Zugewinn seit 2010/2011 wurde vom reichsten Prozent beschlagnahmt.

- Nie in der Geschichte war die Vermögenskonzentration so hoch wie heute. In manchen Ländern trifft dies auch auf die Einkommensverteilung zu. Ungerechte Gesellschaften sind auch weniger innovativ, weisen höherer Kriminalitäts- und Krankheitsraten auf und sind zur wirtschaftlichen Stagnation verdammt.
- Die Zentralbanken haben enorme Mengen Geld, über 6000 Milliarden Franken (6 Billionen) in die Finanzwirtschaft gepumpt und tun es weiter. Dieses Geld gelangt nur zu geringen Teilen in den realwirtschaftlichen Kreislauf. Es schafft keine Arbeit und eine echte Inflation gibt es nicht. Die Zinsen liegen um Null. Der Kredit, vor allem für KMU, bleibt knapp. Mit dem Geld der Zentralbanken refinanzieren sich die Banken (CH-Banken haben ihre Girokonten bei der SNB mehr als verzehnfacht) und vernichten die gigantischen Mengen Schrott-Papiere, die sie geschaffen hatten. Aber, und dies ist eine akute Gefahr: Sie befeuern damit auch eine neue Spekulationsblase. Die nächste Finanzkrise und Wirtschaftskrise, ist programmiert.
- Die Flutung mit billigem Geld erweckt den Eindruck einer expansiven Geldpolitik, wie sie die Wirtschaftslehre vorschlägt, um Wachstum anzukurbeln. In Wahrheit ist die Geldpolitik restriktiv, was die Realwirtschaft anbelangt. Das ist nicht nur der Tiefzinspolitik geschuldet, sondern vor allem der restriktiven Kreditvergabe der Banken.
- Verschärft wird dies durch die neoliberale Austeritätspolitik, wie sie in der EU, in der Schweiz und unter dem Diktat der von Weltbank und IWF in weiten Teilen der Welt praktiziert wird. Das führt in der Schweiz zur ökonomisch völlig absurden Situation, dass der Staatshaushalt in Zeiten von Minuszinsen (der Staat wird dafür bezahlt, dass er Kredit aufnimmt) ausgeglichen ist oder sogar

Überschüsse ausweist. Ein perverser Effekt dieser Entschuldungspolitik besteht darin, dass die Pensionskassen nicht mehr finanziert werden können. Respektive nur noch mit hohem Börsenrisiko: Denn die Anleihen der öffentlichen Hand auf einem ordentlichen Zinsniveau sind die Grundlagen ihrer Finanzierung.

- Die Investitionen (Investitionsrate) verharrt auf historischen Tiefstständen. Sie ist in 25 Jahren um fast 90 Prozent gesunken. Anders gesagt: Das Kapital investiert zu wenig, um eine produzierende Ökonomie zu entwickeln. Und auch die öffentliche Hand investiert weniger. Zusammen ist dies, wie wir sehen werden, entscheidend dafür, wie die digitale Transformation geschieht. Und diese tiefe Investitionsrate, die heute sogar unter der Rate der Ersatzinvestitionen liegt, müsste Anlass sein für eine Debatte über gesellschaftlich notwendige Investitionen.
- Entscheidend für Investitionen ist die Verkürzung der Investitionszyklen, also jener Zeitspanne, in der eine Investition rentieren muss. Unter dem Kommando des Finanzkapitals wurde sie auf weniger als drei Jahre gesenkt. Dies ist durchaus praktisch zu verstehen: Es spiegelt sich etwa in den Buchhaltungsstandards (Abschreibungsdauer, Risikobeurteilung etc.). Handfeste Folge: Ein Unternehmen, das in ein Projekt investiert, das sich erst in fünf oder zehn Jahren rechnet, wird dafür keinen Kredit bekommen – oder ihn teuer verzinsen müssen. Dies ist der Kern einer versteckten Kreditklemme (die das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco regelmässig wider besseres Wissen abstreitet).
- Kaufkraft, Investitionen, Arbeitsplätze bedingen sich gegenseitig. Seit den 1980ern gaben die Unternehmen die Produktivitätsgewinne zu grossen Teilen nicht mehr an die Arbeitenden weiter, sondern erhöhten die Gewinne und Gewinnausschüttungen an die Aktionäre und spekulative Anlagen an Finanzmärkten. Mancher Grosskonzern funktioniert wie eine Spekulanten Bank mit angeschlossener Produktion. Erst stagniert da die Kaufkraft, dann die Nachfrage, schliesslich die Investition. Wenn die Arbeitenden die Produkte nicht mehr kaufen können, ist der Kapitalismus an seiner Systemgrenze angekommen.



Die besonderen Handicaps der Schweiz

In der Schweiz leidet der produzierende Teil der Wirtschaft unter besonderen, hausgemachten Problemen:

- Seit Jahren stagniert die Kaufkraft der Löhne. Zwar hat die Schweiz über die letzten zwei Jahrzehnte kein systematisches Lohndumping betrieben wie etwa Deutschland. Nominell steigen die Löhne hin und wieder in kleinen Schritten, aber die stärker steigende Krankenkassenprämien, Abgaben und Mieten beeinträchtigen die frei verfügbaren Mittel der Haushalte.
- Die Nationalbank betreibt eine brutale Desindustrialisierungs-Politik, indem sie den Franken stark überbewertet hält. Das SNB-Direktorium um Thomas Jordan tut dies bewusst (und ohne dafür legitimiert zu sein): Sie wollen die Schweiz zur internationalen Finanz- und Dienstleistungsdrehscheibe umbauen.
- Der Bundesrat und die Verwaltung betreiben eine aufwendige Förderungspolitik des Finanzplatzes. Gleichzeitig aber verweigert die Regierung jede strategische Umfassende Investitionspolitik (etwa in der Kreditfrage). Dabei handelt es sich um eine Anti-KMU-Politik.
- Im Bereich der digitalen Transformation unterstützen Seco und Bundesrat die Digitalisierer in deren Versuchen, das Arbeitsrecht zu deregulieren, aber lassen jede strategische digitale und umfassende Investitionspolitik vermissen. Man könnte diese Politik als komplizenhaftes Laisser-faire umschreiben. Mit verheerenden Folgen.
- Die Konzentration im Banken-Sektor (vier Banken dominieren 80 Prozent des Marktes) ist derart hoch, dass diese Banken nicht nur jede vernünftige Regulierung (Trennbanken, Verbot des Eigenhandels, hohe Eigenmittel etc.) verhindern konnten, sondern vor allem auch jede Form alternativen Kredits für die KMU.
- Aus diesen und weiteren Gründen hängen sowohl der ökologische Umbau wie die digitale Transformation in der Schweiz zurück, obwohl das Land in der Forschung einen Spitzenplatz belegt.
- Bundesrat und Parlament verweigern den bundesnahen Betrieben wie swisscom, Post und SBB die Möglichkeiten einer digitalen Innovationspolitik. Die Manager dieser Betriebe wurden entspre-

chend ausgesucht. Sie sollen zwar Netze und Infrastrukturen bauen, aber sollen sich aus der Entwicklung von Applikationen fernhalten. Verheerend für die Schweiz, denn das schliesst die notwendige Entwicklung eines Digitalen Service public aus und deutet auf eine Privatisierungsstrategie auf mittlere Frist (wie sie etwa im Netzausbau gerade sichtbar wird).

- Entsprechend ist die Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand gebaut und soll weiter liberalisiert werden, im neuen Beschaffungsgesetz (BöB).

Ökonomie der Digitalisierung 1

Im Kern zielt die digitale Transformation auf den Ersatz von Arbeit durch intelligente Maschinen und Roboter. Das geht weit über bisherige Techniken zur Automatisierung hinaus, weil IT und Kommunikation mit Sensorik, künstlicher Intelligenz, Big Data, dem Internet der Dinge etc. verknüpft werden.

Dort, wo das Kapital heute in neue Produktion oder in neuen Handel investiert, zielen die Investitionen darauf, lebendige Arbeit zu eliminieren. Um das zu verstehen, muss man einen Blick hinter die täuschende Kulisse werfen. Amazon zum Beispiel hat heute, nicht einmal 20 Jahre nach seiner Gründung, schon 230 000 Beschäftigte. Viele davon sind schlecht bezahlt und arbeiten unter kaum erträglichen Bedingungen. Aber Amazon hat sehr viele Buch- und Detailhändler verdrängt. Und damit deren Jobs. Logisch: Wenn die Kaufkraft nicht wächst, entsteht kein Wachstum – die Kaufkraft wird nur anders verteilt. In Ländern wie Deutschland ist Amazon schon der grösste Detailhändler überhaupt. Um die 75 Milliarden Dollar Umsatz des Konzerns global zu machen, wären im analogen Detailhandel weit mehr als jene 230 000 Beschäftigte nötig. Wie brutal dieser Verdrängungskampf mit digitalen Mitteln ist, zeigt ein Beispiel aus Berlin. Constanze Kurz, Sprecherin des Chaos Computer Club in Berlin, wunderte sich, dass ihre Online-Bestellung bei Amazon nach nur zehn Minuten bei ihr eintraf. Sie fand heraus: Amazon fährt einen Teil seines Lagers in Camions herum. Nur: Welche von den 150 Millionen Artikeln, die der Konzern im Angebot hat, werden



da geladen? Offenbar schafft es Amazon, aus vielen Daten über die soziale Struktur, Konsumverhalten, News, sozialen Medien wie Facebook etc. herauszufiltern, wann in einer Ecke Berlins ein bestimmtes Buch oder Haustierfutter und Grillholz oder ein Rasenmäher geordert werden könnten. Das ist eine Big Data-Anwendung. Hier erhaschen wir einen Blick auf die zunehmende Bedeutung der Daten als Ware, also des Datenhandels. Und wir sehen auch, wie grosse, kapitalkräfte Konzerne, welche sich diese Techniken leisten können, einen immensen Konkurrenzvorteil vor allen anderen haben – und ihn auch hart nutzen.

Neuere Studien renommierter Forschungsinstitute (etwa der Uni Oxford) sprechen von der Vernichtung von bis zu einem Drittel aller Jobs. Besonders betroffen: Büro, technische und kaufmännische Betriebswirtschaft, Verkauf, Buchhaltung, Bank, medizinische Berufe, Logistik... Auch neue Jobs entstehen. Meist auch mit neuen Berufsbildern und Qualifikationen. Wie viele, weiss niemand zu sagen. Das erstaunt nicht. Weltweit wird es 2 Millionen neue Jobs haben, sagte das WEF 2016, bei 7 Millionen verlorenen Jobs. Also einen Netto-Verlust von 5 Millionen Arbeitsplätzen. Das ist eine sehr vorsichtige Studie. Die ökonomische Logik geht Richtung Jobvernichtung. In der Dritten Industriellen Revolution wichen Millionen Arbeitskräfte in den schnell wachsenden Tertiär aus. Und genau diese Dienstleistungen sind nun von der Digitalisierung am stärksten betroffen. Der KV rechnet mit 100 000 zerstörten Jobs in der Schweiz. Und was der Quartär, der vierte Sektor sein könnte, ist nicht abzusehen.

Litten bisher vor allem Produktionsarbeitende unter Automatisierung und dem Einsatz von hochtechnischer Produktionssysteme («Lean-Production»), stehen heute die typischen «Angestellten» oder «White-Collars»-Jobs zuoberst auf der Streichliste.

Die neuen Arbeitsplätze der digitalen Welt werden in den Vorträgen und Prospekten der Digitalisierer oft in hellem Licht gezeichnet. Die Realität ist eine andere: Wo neue Jobs entstehen, sind sie oft schlecht bezahlt, unsicher, temporär, als Heimarbeit oder gar als Arbeit auf Abruf konzipiert. Bekanntes Beispiel: Die rennenden,

schlecht bezahlten, extrem gestressten Logistikarbeiter/innen beim weltgrössten Versandhändler.

Für Apple arbeiten weltweit 110 000 Menschen. Der Konzern macht mit ihnen 216 Milliarden Dollar Umsatz und 46 Milliarden Gewinn. Der Börsenwert von Apple überstieg zuletzt 800 Milliarden Dollar. Er hat so viel Geld in den Kassen, das er als eine der grössten Banken erhalten könnte. Doch ein beträchtlicher Teil der Apple-Arbeitenden ist schlecht bezahlt, resp. stellt die schönen, imagedrängigen Produkte in Ländern mit tiefen Löhnen und Sozialdumping her.

Digital brutal vs. digital sozial

Auch qualifizierte und hochqualifizierte Tätigkeiten werden zunehmend in Heimarbeit ausgelagert. Oft wird dies mit «Home-Office» umschrieben. Eine beschönigende Umschreibung für eine harte Realität. Heimarbeitende haben meist keine Arbeitsgarantie, arbeiten in der Regel weit über 40 Stunden hinaus, bezahlen oft die Sozialversicherungen selbst, müssen sich ihre Ferien irgendwie finanzieren, wenn sie sich denn Ferien leisten können, bezahlen teure Prämien für Erwerbsausfallversicherungen und kommen in vielen Fällen sogar für die Arbeitswerkzeuge auf. Manche kultivieren dabei den Mythos von der modernen, flexiblen Ich-AG. Die Ernüchterung kommt meist schneller als vermutet.

Derzeit geniesst dieser Heimarbeiter des digitalen Jahrhunderts in der Werbung und den gesellschaftlichen Leitbildern noch eine Art Kultstatus. Jene, die das propagieren, treibt freilich ein weit triviales Motiv: Es geht immer darum, die Arbeitskosten zu senken. Das ist ein Leitsatz der digitalen Ökonomie, über die ein paar exzellent bezahlte binär-kreative Vorarbeiter in den Club-Med-Bürolandschaften der Konzerne nicht hinwegtäuschen. Die erste Bewegung der digitalen Transformation ist die Proletarisierung bisher besser gestellter Berufe. Die Gewerkschaft muss auch ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen.

Weniger Arbeitende zu tieferen Arbeitskosten: Dazu dienen die Modelle der Uberisierung (auch «Plattformökonomie», «crowdworking» etc. genannt). Digitalisierung brutal. In Deutschland sind schon



Fälle auf Arbeitsämtern aufgetaucht, wo einzelne entlassene Ingenieure Uber fahren, in Heimarbeit Ingenieurarbeiten verrichteten und am Wochenende, von Handwerks-Plattformen vermittelt, Reparaturen übernehmen oder Rasen mähten.

Uber stellt sich gern als ein Unternehmen eines völlig neuen Typs dar. Es hat in einem marginalen Punkt tatsächlich digital innoviert: Sie vermittelt das Taxi (und zunehmend auch andere Formen von Transport) nicht mehr über das Telefon, sondern über eine App. Das ist alles. Darunter aber ist Uber ein konventionell handelnder weltweiter Riesenkonzern, der zentralistisch gesteuert ist, anderen Unternehmen für Millionen Spitzenmanager oder Techniken und Software (etwa Navigationssysteme) weg kauft und in London, Zürich, Shanghai, Buenos Aires, Johannesburg und Hinterzollikofen eine ganze Branche verdrängt/zerschlägt. Mit dem Ziel, ein Welt-Monopol auf privaten Transportdienstleistungen einzurichten. Nicht die App ist dabei das Entscheidende: Uber gewinnt, indem es die Scheinselbstständigkeit und Tiefstlöhne zum Geschäftsprinzip macht. Besonders pervers daran ist, dass Uber dabei die Prekarität und die Krise des Systems dazu nutzt, Fahrer und Fahrerinnen zu rekrutieren, die gezwungen sind, zu diesen Bedingungen zu arbeiten. Diese «Plattform»-Ökonomie steckt heute erst in ihren Anfängen. In ihrer Form als «crowdworking» spiegelt sie eine weitere einschneidende Veränderung des digitalen Produktionsprozesses: Die bekannten, Wertschöpfungsketten werden aufgebrochen.

Erstens wird ein Teil der Arbeit an den Kunden ausgelagert, der zum Prosumenten (Prosumer sind Konsumenten, die zugleich Produzenten sind) wird. Natürlich ohne Entgelt. Bestellung, Design, Abrechnung, Buchhaltung und einiges mehr lässt man direkt vom Kunden tun, ohne dass der sich dessen bewusst wird. Unter Digital-Manager gibt es einen bösen Satz: «Wenn etwas gratis ist, dann bist Du die Ware.»

Zweitens wird die Linearität der Wertschöpfung (Konzeption-Entwicklung-Prototyp-Produktionsentwicklung-Produktion-Marketing-Verkauf) aufgelöst. Das geht zum Beispiel so: Eine Produkteidee wird lanciert und quasi global ausgeschrieben (über digitale Netze).

In Australien und in Vietnam haben Leute eine Umsetzungsidee. Statt einer echten Produktionsentwicklung werden dann Bestandteile irgendwo zusammengekauft. Das erlaubt auch Losgrösse 1, das heisst zum Beispiel auf einem 3D-Drucker individuell gefertigte Sportschuhe. Das Marketing läuft von Anfang an mit und wird von allen Akteuren der neuen Kette getragen. Zusammengefasst: Die Wertschöpfung fällt an vielen Orten an und nicht mehr allein im Produktionsprozess einer Fabrik zwischen Arbeitenden und Kapital. Diese ökonomische Form stellt eine Menge Probleme: Lohn. Jobs. Steuern. Sozialversicherungen. Verantwortlichkeit etc.

Gewerkschaften gefordert – mehr denn je

Die Erste industrielle Revolution machte aus Bauern Fabrikarbeiter/innen.

In der Zweiten Industriellen Revolution ging es darum, durch Automatisierung (Fließbänder) aus der Arbeit möglichst viel herauszuschlagen und gleichzeitig die Massenproduktion für den Massenkonsum zu schaffen. Das setzte Massen-Kaufkraft (steigende Löhne) voraus.

Die Dritte Industrielle Revolution kombinierte Arbeit mit mikroelektronisch gesteuerten Maschinen. Damit sollte einerseits die Produktivität der Arbeit maximal gesteigert werden. Andererseits begann der Prozess, die Arbeit aus dem Produktionsprozess zu verdrängen. Manchmal wundern sich Industriearbeitende etwas über den Begriff «Digitale Transformation», denn sie kennen digital gesteuerte Produktionsroboter, «Lean»-Produktion und Massentlassungen schon seit 30 Jahren.

Das entspricht dem alten Traum der Kapitalbesitzer, Wachstum und Gewinn ohne Arbeit zu bekommen. Eine Illusion. Nur Arbeit schafft Wert. In der Vierten Industriellen Revolution verändert das Wirtschaftssystem sein Gesicht. Sie zielt darauf, mit möglichst wenig Lohnarbeitenden zu wirtschaften und aus den vertraglich abgesicherten Vertragsverhältnissen auszusteigen. Das ist keine technische Innovation, das ist ein historischer und gesellschaftlicher Bruch. Die Gründe dafür liegen nicht in der digitalen Automatisie-



rung, sondern in der Ökonomie. Darum sind heute die Gewerkschaften besonders gefordert.

Ökonomie der Digitalisierung 2

Kombiniert mit anderen digitalen Techniken wie Digitalem Taylorismus, Big-Data-Konsumentensteuerung, Sensorik, Internet der Dinge, selbstlernenden Maschinen, Sprachsteuerung, komplexen Netztechniken etc., bieten sich den Aktionären umfassende Möglichkeiten, die Wirtschaft neu zu organisieren.

Fakt aber ist, dass nur ein kleiner Teil davon realisiert oder gar in Angriff genommen wird. So gibt in Umfragen etwa eine Mehrheit der Unternehmen an, Big-Data-Anwendungen nicht ins Auge zu fassen.

Der Grund für diese selektive Digitalisierung sind ökonomische Stopper.

- Die niedrige Investitionsbereitschaft der Kapitalbesitzer. Aus Sicht der Volkswirtschaft könnte man von einem Investitionsstreik sprechen. Finanzprodukte versprechen auch 2017 schnellere und höhere Gewinne.
- Quasi spiegelbildlich dazu: Die zum Teil schon sehr hohen Aufwendungen, die für die Aneignung von manchen Techniken nötig wäre.
- Die Dominanz von Fonds aller Art (US-Pensionsfonds, Hedgefonds, britische Private-Equity-Fonds etc.) über fast alle Schweizer Industriekonzerne von Bedeutung.
- Die Dominanz weltweit tätiger US-Konzerne in Kernbereichen der Digitalisierung.
- Die Kreditklemme
- Die fehlende und umfassende Investitionspolitik

Die Vierte Industrielle Revolution findet in der Schweiz vorläufig also nur sehr selektiv statt. Es ist damit zu rechnen, dass sich die digitale Transformation nun beschleunigt. Aber sie findet auch künftig vor allem dort statt, wo mit geringem Kapitaleinsatz viele Jobs zerstört werden können.

Dies hat eine entscheidende Auswirkung: Ohne offensive umfassende Investitionspolitik wird die soziale und demokratische Digitalisierung zurückgedrängt. Zu Gunsten der zerstörerischen Aspekte der Vierten Industriellen Revolution.

Das findet seinen Ausdruck in der aktuellen Haltung vieler Arbeitgeber, der Wirtschaftsverbände und ihrer Politiker: Sie setzen die Prekarisierung der Arbeit, die Deregulierung des Arbeitsgesetzes und die Auflösung der Sozialpartnerschaft als Vorbedingung für das Gelingen der Digitalisierung. «Modernisierung» nennen sie das. Ihre ersten Angriffspunkte sind dabei Arbeitszeit und Arbeitsverträge.

Erste Schritte zu einer gewerkschaftlichen Strategie

Wir sehen: Die meisten Gesamtarbeitsverträge halten noch. Und die Digitalisierung ist vorläufig begrenzt. Es ist also noch Zeit für unsere Intervention. Doch sie muss rasch und entschieden erfolgen. Unser Ziel ist ein öffentlich und sozialpartnerschaftlich verhandelter Prozess. Im Kern geht es darum, die Chancen der besseren Digitalisierung zu nutzen, dieser industriellen Revolution also eine soziale und demokratische Gestalt zu geben.

Die Forderungen, die wir hier mit unseren Resolutionen erheben, sind unverzichtbare erste Schritte.

So wie Unternehmen, Verbände, Regierung und Verwaltung die digitale Transformation bisher anpacken, führt sie in ein gesellschaftliches Desaster.

Strategisch müssen wir heute darum jeden Versuch, Arbeitszeit oder den Arbeitsvertrag zu deregulieren, rabiat stoppen. Es wäre gut, dabei unsere Fähigkeit zu zeigen, den digitalen Umbau zu bremsen, resp. ihm zu schaden. Das ist klassische Gewerkschaftsstrategie, denn nur so schaffen wir ein Kräfteverhältnis und erzwingen die öffentliche Debatte. Wir haben das Recht zu schaden, wenn es nicht anders geht.

Gleichzeitig liegt es an uns, die ökonomischen und gesellschaftlichen Vorteile der Vierten Industriellen Revolution in anschaulicher Form öffentlich zu entfalten.



Arbeit 4.0 Steuern und Sozialversicherungen in der vierten industriellen Revolution

Steuerrecht und Sozialversicherung – Grundlage der Schweiz

Die digitale Transformation gefährdet die Finanzierung der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungen. Denn der Einsatz von Robotern und intelligenten Maschinen ersetzt Menschen, die Steuern bezahlen und in die Sozialversicherungen einzahlen. In manchen Kalkulationsmodellen der Unternehmen sind die eingesparten Sozialversicherungsabgaben bereits ein Element der Investitionsentscheide.

Zudem verwedelt das Aufbrechen der Wertschöpfungsketten den Ort, wo Gewinn entsteht. (Schein-) Selbstständigkeit, E-Commerce, digitale Dienstleistungen aller Art hebeln klassisches Steuerrecht aus. Konkreter Fall: Wie besteuert ein Staat die Gewinne, die Google (oder andere) in einem Land einführt (mit Werbe-Einblendern macht Google Milliarden), in dem Google gar keinen Sitz und keinen Betrieb hat? Oder, anders gefragt: Liegt schon ein Betrieb vor, wenn ein Anbieter auf einem Datacenter eines Landes gehostet wird? Das bringt neue Formen von Steuervermeidung und Steuerbetrug hervor.

Gleichzeitig steigt, in einem perversen Doppel-Effekt, die Belastung der öffentlichen Hand durch die digitale Vernichtung von Jobs (Arbeitslosengeld, Schulung, Fürsorge etc.) und durch die aufwendige Bereitstellung hochleistungsfähiger Netze und weiterer Dienstleistungen. Es besteht die Gefahr, dass massiver Druck auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der AHV entsteht und dabei viele Menschen durch das soziale Netz fallen. Aber auch Druck auf den Service public wird insgesamt steigen. Weil gleichzeitig der



UMVERTEILUNG

Staat die Besteuerung der Unternehmen senkt, wird die steuerliche Belastung für natürliche Personen doppelt ansteigen. Der notwendige Ausbau des gesamten Service public zu einem umfassenden Digitalen Service public verlangt zudem nach neuen Mitteln für die öffentliche Hand.

Was zu tun ist

- Das Steuerrecht muss schnell neu gefasst werden. Das ist eine dringende und umfassende Aufgabe. Sie verlangt nach einer nationalen wie internationalen Steuerharmonisierung.
- Bis das Steuerrecht novelliert ist, müssen Gerichte, insbesondere das Bundesgericht rechtssetzende wegweisende Urteile im Sinne des Prinzips Steuer am Ort der Gewinnung sprechen. Die heutigen Gesetzten lassen dies zu.
- Es muss entschieden werden, in welcher Form Kapital, Kapitaltransaktionen, Kapitalgewinne sowie Roboter und intelligente Maschinen, die Arbeitsplätze zerstören oder ersetzen, besteuert werden



können. Microsoft-Gründer Bill Gates (Vermögen um die 90 Milliarden) etwa schlägt dafür eine Roboter-Steuer vor.

Das Kernproblem

Für die soziale und demokratische Digitalisierung stellt sich die Frage, wie man Roboter und intelligente Maschinen besteuern kann, erst an zweiter Stelle. An erster Stelle steht, die Zerstörung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Respektive: Die wegrationalisierten Arbeitenden im Erwerbsprozess zu halten.

Darüber muss die Gewerkschaft einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess in Gang bringen, der zum Beispiel den Sinn mancher Roboterisierungen und maschineller Prozesse befragt. Auch hier gilt: Das dürfen wir nicht allein den Investitionsentscheidern der Unternehmen überlassen.

Diese Debatte muss weiter die Frage stellen, wie die digitalen Produktivitätsgewinne an die Arbeitenden weitergegeben werden können. Dabei darf nicht geschehen, dass eine Firma einen Drittel der Belegschaft entlässt und dann, als Weitergabe der Produktivitätsgewinne, die Löhne der Rest-Belegschaft erhöht. Eine Gewerkschaft, die diesen Weg geht, wäre eine korporatistische Gewerkschaft, die sich auf Dauer selbst abschafft. Wir brauchen gesellschaftliche Massnahmen wie etwa die generelle Verkürzung der Arbeitszeit und die Schaffung neuer Jobs durch ökologischen Umbau und eine starke Dienstleistungs- und Dienstleistungs- und Industriepolitik.

Steuern und Sozialversicherungen müssen den digitalen Automatisierung und den neuen Geschäftsmodellen angepasst werden. Steuern sind wichtige Instrumente gesellschaftlicher Steuerung. Das findet noch zu selten Eingang in gewerkschaftliche Überlegungen. So ist etwa die tiefe Besteuerung hoher Einkommen (Verletzung des Prinzips Progression) ein wichtiger Grund für die wachsende Ungleichheit. Wenn wir also Modelle wie eine Roboter- oder Maschinensteuer diskutieren, sollten wir folgende Prinzipien beachten:

- Eine Roboter- und Maschinensteuer darf keine Anreize enthalten (weder in der Höhe noch in kollateralen Vorteilen), welche die Zerstörung von Arbeitsplätzen befördern.
- So darf sie nicht einmalig erhoben werden, sondern muss regelmäßig über die ganze Dauer des Einsatzes fällig werden. Dabei ist zu beachten, dass sie nicht durch Abschreibungsregeln (Maschinenwert) unterlaufen wird. Es soll nicht die Maschine, sondern die Wertschöpfung und die Wertschöpfungskette der Maschine besteuert werden.
- Es sollten Elemente eingebaut sein, welche die Arbeit an anderen Stellen finanziert (Verursacherprinzip).
- Bei der Sicherung der Sozialversicherungen durch universelle Versicherungsmodelle (eine Sozialversicherung für alle und alle Situationen) muss darum der enge Zusammenhang zwischen Arbeit und Versicherung gewahrt bleiben. Das trifft auch auf (wünschenswerte) Modelle zu, welche die nicht entlohnte, gesellschaftlich notwendige Arbeit (Care etc.) mit einbeziehen. Es geht nicht um ein angeblich «bedingungsloses Grundeinkommen». Eine neuerliche, von manchen gewünschte Diskussion um ein Grundeinkommen muss unter der Prämisse geführt werden, dass dieses nicht zum Abbau von Sozialleistungen oder der Sozialversicherungen missbraucht werden kann.
- Das Prinzip der Koppelung von Arbeit und Versicherung dient dazu, der Zerstörung der Arbeitsplätze keinen Vorschub zu leisten. Hingegen treten wir neue Steuerformen ein, welche die öffentliche Hand in die Lage versetzen, einen hochstehenden Service public aufrecht zu erhalten. So wäre zum Beispiel eine Devisenumsatzsteuer, eine Kapitalgewinnsteuer, eine Kapitaltransaktionssteuer oder generell eine höhere Besteuerung von Kapital und Reichtum gerecht und sehr wirksam.



Resolutionen/Anträge/ Forderungen

Resolution Arbeitszeit

Antrag

1. syndicom setzt sich dafür ein, die Deregulierung der gesetzlichen Arbeitszeit, die Lockerung der Arbeitszeitkontrolle und entgrenzte Arbeit für sämtliche Formen von Verträgen zu verhindern.
2. syndicom prüft Schritte gegen die Deregulierung der Arbeitszeit und erarbeitet in Kooperation mit dem SGB und anderen Gewerkschaften Strategien.
3. syndicom macht eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit zum politischen Thema. Dabei sollen diverse Modelle geprüft und Strategien erarbeitet werden.
4. Arbeitszeitverkürzungen sind Thema aller künftigen Gesamtarbeitsvertrags-Verhandlungen.
5. Teilzeitarbeit wird der Vollzeitarbeit gleichgestellt.

Begründung

Der Grossangriff der Arbeitgeberverbände auf die Begrenzung der Arbeitszeit läuft. Er wird über eine Deregulierung des Arbeitsgesetzes und über die Lockerung respektive Aufhebung der Arbeitszeitkontrolle geführt.

Geschützte Freizeit ist ein Menschenrecht und eine der zentralen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung.

Eine Verlängerung oder eine Entgrenzung der Arbeitszeit hätte sozial, wirtschaftlich und gesundheitlich verheerende Auswirkungen. Das zeigen zahlreiche neuere Studien. Gemäss der neuesten, australischen Studie sind schon 40 Wochenstunden gesundheitsschädigend. Die durchschnittliche reale Arbeitszeit in der Schweiz nimmt seit Jahren zu und liegt schon deutlich über 40 Wochenstunden.

Völlig unverständlich ist der Versuch der Digitalisierer, die Arbeitszeit zu entgrenzen, um sie erheblich zu verlängern, auf 48 und mehr Stunden. Gleichzeitig sagen sie, das Arbeitsvolumen werde durch die digitale Transformation stark zurückgehen. Offenbar wollen sich die Arbeitgeber die digitale Transformation durch Gratis-Mehrarbeit der Arbeitenden finanzieren. Wer mehr arbeitet, betreibt die Abschaffung des eigenen Arbeitsplatzes.



Resolution

Arbeit und Tätigkeit

Antrag

1. syndicom entwickelt Organisationsformen, die sämtliche Arbeitende in allen Arbeitsformen einschliesst.
2. syndicom öffnet sich auf die Commons-Ökonomie (solidarische, resp. Gemeinwohlökonomie).

Begründung

Das Kerngebiet der Gewerkschaft ist die Verteidigung der Lohnarbeitenden, die Verteidigung der sozialen Errungenschaften und die Verbesserung der sozialen Bedingungen für die gesamte Bevölkerung. Heute sind die Gewerkschaften die stärkste organisierte Kraft für die Emanzipation und die Entfaltung des Menschen. In unseren Zielen spielt auch die nicht-bezahlte, gesellschaftlich notwendige Arbeit, die mindestens im selben Mass zum Wohlstand beiträgt wie die Lohnarbeit, eine wachsende Rolle.

Die Vierte Industrielle Revolution verändert auch die geregelten Arbeitsverhältnisse. Deshalb fordern wir das Recht auf Arbeit und einen universellen Arbeitsvertrag. Dabei geht es darum, möglichst viele Formen von Arbeitsverhältnissen abzudecken.

Das drückt aus, dass die Gewerkschaft sich der Interessen aller Arbeitenden, über die Kernbelegschaften hinaus, annimmt. Also auch Heimarbeitende, Plattformarbeitende, Crowdworker, Teilzeit-Beschäftigte, prekär Beschäftigte (Arbeitende auf Abruf), Scheinselbstständige und echte Freiberufler aller Art und jeder Qualifikation organisiert.

Will sie dies erfolgreich tun, muss sie auch die Stimme jener werden, die nicht in einem unmittelbaren Lohn- oder Honorarverhältnis stehen. Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten, tätig zu sein. So entstehen etwa Gruppen von lokalen Produzenten, die im «Workerspace», in Fablabs, Bio-Labs, Reparaturlateliers etc. eine Commons-Ökonomie schaffen. Warum hat dies die Gewerkschaft zu interessieren?

4 Gründe

- Dieser Sektor wächst schnell. Die Interessenlage dieser «Tätigen» deckt sich in vielen Bereichen mit denen der Lohnbeschäftigten (zum Beispiel die Forderung nach Open Soft- und Hardware).
- Viele Gewerkschaftsmitglieder sind neben der Lohnarbeit auch in der Commons-Ökonomie tätig.
- Es ist eine Frage elementarer Kohärenz, dass die Gewerkschaft sich aller Formen von Arbeit annimmt. Darüber hinaus liegen in der aktiven gewerkschaftlichen Aneignung dieser neuen Arbeitsformen hohe Lerneffekte für unsere Arbeit.
- Diese Ausdehnung des gewerkschaftlichen Mandats ist notwendig für die Stärkung und das langfristige Bestehen der Gewerkschaft.



Resolution

Die öffentliche Hand muss steuern

Forderung

1. Die Vierte Industrielle Revolution erlaubt keine staatliche Laissez-Faire-Politik mehr, wie sie heute betrieben wird. Denn die Digitalisierung stellt die Gesellschaft vor immense Herausforderungen. Die öffentliche Hand steht in der Verantwortung, sie muss die Zukunft des Landes gestalten. Die Schweiz privaten Interessen und Investitionsentscheiden zu überlassen, ist definitiv keine Option.
2. Die öffentliche Hand muss eine kräftige Dienstleistungs- und Industriepolitik einleiten.
3. Diese Dienstleistungs- und Industriepolitik muss darauf zielen, Jobs in innovativen Sektoren und im ökologischen Umbau zu schaffen.
4. Die öffentliche Hand bietet Hand für einen tripartiten Produktionsfonds, der aus Pensionskassengeldern gespeist und von der Nationalbank garantiert wird.
5. Die öffentliche Hand soll die Rahmenbedingungen für einen neuen quartären Sektor (Aufspaltung des tertiären Dienstleistungssektors) der Wirtschaft schaffen.
6. Die öffentliche Hand muss einen neuen digitalen Service public zu einem wichtigen Instrument des Zugangs aller zu digitalen Techniken machen.
7. Eine zentrale Rolle in diesem digitalen Service public spielen die bundesnahen Betriebe wie Swisscom, Post, SBB und weitere. Bundesrat und Parlament müssen deshalb ihre Politik beenden, diese Betriebe in ihren Aktivitäten zu beschneiden. Zur öffentlichen Infrastruktur gehören in der Digitalisierung auch der Zugang zu Applikationen und Wissen.
8. Den KMU muss die öffentliche Hand mit Innovationsbons das regelmässige Update ihrer digitalen Techniken erleichtern.
9. Die öffentliche Hand muss sich kompromisslos für die globale Netzneutralität, für Open Source, Open Software, Open Hardware, die Regulierung der Plattformökonomie und der Blockchains einsetzen.

10. Von der öffentlichen Hand erwarten wir eine gestaltende digitale Gesellschaftspolitik, welche auf die bessere Verteilung der Arbeit (Zeitreduktion), die garantierte Trennung von Arbeit und Freizeit, einen Standard-Arbeitsvertrag, die Früherkennung von digitalen Risiken, die Behebung des digitalen Gender-Gaps, die permanente Schulung und überhaupt auf alle Massnahmen abzielt, welche die Digitalisierung demokratisch und sozial ausgestalten.
11. Die öffentliche Hand muss darauf bedacht sein, digitale Machtgefälle in der Gesellschaft zu korrigieren.
12. Die öffentliche Hand (Kantone, Gemeinden) richtet überall im Land Quartier- und Dorf-Fablabs (Quartier-Werkstätte) ein, die einer breiten Bevölkerung einen einfachen Zugang zu Technologien und Programmiersprachen ermöglicht.
13. Die öffentliche Hand stellt ihre ICT-Anwendungen auf Open-Source-Programme ab.
14. Schaffung eines Fonds zur Förderung der Arbeit. syndicom setzt sich beim Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für die Prüfung eines Fonds zur Förderung der Arbeit ein. Der Fonds soll das Ziel haben die Investitionen von kleinen Unternehmen zu finanzieren, die in die Produktion investieren und gute Arbeitsbedingungen gewährleisten (GAV). Der Fonds könnte ausserdem dazu verwendet werden, den Zugang zu Mikrokrediten für Projekte, durch die Arbeitsplätze geschaffen werden, zu erleichtern. Mithilfe von Fachleuten des Sektors erarbeitet syndicom eine Studie, um die Machbarkeit dieses Projekts zu prüfen.

Begründung

Die Digitale Transformation gelingt nur dann zum Nutzen aller, wenn die öffentliche Hand (der verfasste öffentliche Wille) sie durch eine starke Politik mitgestaltet.



Resolution

Digitaler Service public

Antrag

1. syndicom erarbeitet zusammen mit dem SGB und anderen Gewerkschaften des Service public ein Konzept, wie der digitale Service public in einer öffentlichen Kampagne zum Thema gemacht werden kann.
2. Mit politischen Vorstössen soll die Gewerkschaft den Bundesrat und das Parlament dazu bewegen, den bundesnahen Betrieben und weiteren Bereichen des Service public einen klaren Auftrag für einen ausgebauten digitalen Service public zu geben. Das setzt Investitionen voraus. Diese Investitionen sind genau betrachtet, ein Ausbau der Infrastruktur. Er soll schnell erfolgen. Heute ist der richtige Moment dafür: Investitionen lassen sich zum quasi-Nulltarif finanzieren.
3. syndicom will entschieden darauf hinzuwirken, dass die bundesnahen Betriebe rasch Zukunftskonzepte für einen digitalen Service public zu erarbeiten und umzusetzen beginnen. Die Gewerkschaft syndicom macht dazu Vorschläge.
4. Die Medienlandschaft muss Teil des Service public sein. syndicom setzt sich dafür auch auf politischer Ebene dafür ein.
5. Der digitale Service public ist eine wichtige Errungenschaft für die nächsten Jahrzehnte. Sind die bundesnahen Betriebe, weitere Bereiche des Service public oder Bundesrat/Parlament nicht bereit, rasch zu handeln, ergreift syndicom geeignete politische Mittel, damit dieser Umbau in Gang gebracht wird.

Begründung

Die Digitale Transformation soll so gestaltet werden, dass sie der Gesellschaft Gewinn bringt. Ökonomisch und sozial ist die Voraussetzung dafür ein starker digitaler Service public. Die Dienste der öffentlichen Hand zu stärken (die bundesnahen Betriebe eingeschlossen), ist für eine demokratische Gesellschaft im digitalen Wandel zwingend. Denn heute dominiert eine sehr kleine Zahl global handelnder Konzerne die Vierte Industrielle Revolution.

Technisch, vor allem aber finanziell. Sie steuern die Digitalisierung mit ihren Investitionsentscheiden. Was und wo entwickelt wird (und was nicht), hängt von den Interessen der Grossaktionäre dieser Konzerne ab. Google, Amazon, Microsoft, Apple, Facebook und andere setzen alles daran, sämtliche relevanten Innovationen und Applikationen der digitalen Welt unter ihre Kontrolle zu bringen. Ihr Modell ist der universelle Weltkonzern, der jedes Feld beachert, das schnellen Gewinn verspricht.

Zudem sind manche Entwicklungen der Digitalisierung hoch kapitalintensiv (Beispiel Big Data), also den kleineren und mittleren Unternehmen nicht zugänglich. Bekommen sie den Zugang zu diesen Techniken nicht oder nur zu den Bedingungen der dominanten Konzerne, werden Schweizer KMU und sogar grössere Unternehmen im kapitalistischen Wettbewerbs- und Konzentrationsprozess untergehen. In der digitalen Wirtschaft ist dies nicht nur eine ökonomische Frage: In der Architektur jeden digitalen Netzes, jeder digitalen Applikation sind auch Machtverhältnisse und Abhängigkeiten eingeschrieben. Digitalisierung unter kapitalistischen Verhältnissen ist das exakte Gegenteil von offen und frei.

Mit dieser nie dagewesenen Konzentration des Kapitals in einer dominanten Industrie ist der Zugang zu den digitalen Techniken entscheidend. Ein Teil des Problems lösen die bundesnahen Betriebe, indem sie die Netze und logistischen Infrastrukturen aufbauen. Aber das entscheidende Feld der Applikationen wird von ihnen nicht bearbeitet.

Will die Schweiz ihren Wohlstand behaupten und ihre Demokratie schützen, muss die öffentliche Hand dafür sorgen, dass möglichst alle Unternehmen und die gesamte Zivilgesellschaft (alle BürgerInnen) ungehindertem, kostengünstigem Zugang zu den digitalen Techniken bekommen.

Zum Beispiel müsste Swisscom den KMU Big Data-Applikationen zur Verfügung stellen, die für die KMU anderweitig unerschwinglich wären.



Swisscom, Post etc. wären für diese historische Rolle gut gerüstet, denn ihre Arbeitenden verfügen über ein hohes Können und über die Mentalität des öffentlichen Dienstes. Aber das Management der Post fährt heute die Dienstleistungen stark herunter, ohne eine klare Vision der Zukunft zu zeigen. Swisscom baut zwar energisch die Glasfasernetze aus, aber entwickelt keine innovativen Lösungen für die Anwendungen. Mit dieser Strategie der Selbstbeschränkung bereiten die Manager der bundesnahen Betriebe faktisch ihre Zerstückelung und Privatisierung vor.

Resolution Digitaler Taylorismus

Antrag

1. Die Regulierung des digitalen Taylorismus muss künftig Gegenstand sämtlicher Gesamtarbeitsverträge werden.
2. Die Arbeitgeber müssen jede Form von digitaler Kontrolle und Steuerung der Arbeit vor deren Einsatz den Vertretern des Personals und den Sozialpartnern offenlegen.
3. Es dürfen keine Massnahmen digitaler Steuerung und Kontrolle ohne die Zustimmung der Personalvertretung und der Sozialpartner eingesetzt werden.
4. Jede Verknüpfungen von Datensätzen über eine Person oder eine Personengruppe löst eine automatische Meldepflicht aus.
5. Jede und jeder Beschäftigte hat jederzeit ein Recht auf Einsicht in alle über sie oder ihn gesammelten Daten. Diese Daten dürfen nicht an Dritte weitergegeben oder verkauft werden. Der oder die Beschäftigte bleibt rechtlich BesitzerIn über die Daten. Sie/er kann jederzeit deren Löschung verlangen.
6. Werden solche Daten für die Qualifikation des/der Beschäftigten verwendet, hat der Arbeitgeber die Pflicht, dies dem/der Betroffenen zu melden.
7. Die digitale Überwachung und Steuerung am Arbeitsplatz muss gesetzlich geregelt, also eingegrenzt werden.

Begründung

Die Unternehmen haben damit begonnen, neue digitale Instrumente zur Kontrolle und zur Steuerung unserer Arbeit einzusetzen, etwa die physiologische Datenerfassung. In der Management-Welt wird dieser Digitale Taylorismus genannt.

Dazu gehören Vorgänge wie Kommunikationskontrolle, Leistungskontrolle, Emotionskontrolle und -Steuerung (über Sprachanalyse, Iris-Analyse, Gesten-Analyse etc.), automatisierte Eingriffe in die Arbeit und vieles mehr.



Immer mehr Konzerne verwenden diese Techniken intensiv. In vielen aktuellen Software-Programmen sind sie schon voreingebaut. Es geht immer darum, aus den Angestellten das Letzte herauszuholen.

Die Folgen sind unter anderem:

- Verlust über die Kontrolle der eigenen Arbeit.
- Erhöhter Stress mit seinen gesundheitlichen Folgen (siehe Resolution «Gesundheitsschutz»).
- Intransparenz der Arbeitsvorgänge und der Leistungsbewertung (Lohnverlust).
- Isolierung und Desolidarisierung der Arbeitenden.
- Ein Kernproblem dabei ist, dass diese Techniken ohne das Wissen der Arbeitenden, also heimlich eingesetzt werden können.

Resolution Gesundheitsschutz

Antrag

1. Wir fordern die zuständigen lokalen, kantonalen und eidgenössischen Behörden und die Suva auf, die Arbeitsmedizin rasch auf die Belastungen und Gefahren für digital Arbeitende auszurichten. Insbesondere sollen Forschungsprogramme initiiert und neue Versicherungsformen geprüft werden. Die Arbeitsinspektion muss mit den entsprechenden theoretischen und praktischen Instrumenten ausgerüstet (und geschult) werden.
2. Für die Betroffenen muss eine tripartite Stelle eingerichtet werden, um die arbeitsmedizinischen Kenntnisse und Massnahmen rasch an die Realität anzupassen und den Betroffenen eine Wortmeldung zu ermöglichen. Die Stelle veröffentlicht periodisch einen umfassenden Bericht.
3. Die dabei eruierten Arbeitserkrankungen müssen rasch anerkannt werden.
4. Die Gewerkschaften prüfen den Aufbau von eigenen Kompetenzen (etwa beim SGB).
5. Die Gesundheitsschutz-Bestimmungen in allen Gesamtarbeitsvertrag müssen den digitalen Jobs Rechnung tragen.

Begründung

Die digitale Arbeitswelt und der Digitale Taylorismus bringen neue, schwerwiegende Gefahren für die Gesundheit der Arbeitenden hervor (bis hin zu Nervenerkrankungen, Epilepsie etc.).



Resolution Open Source, Netzneutralität – und ein freies Internet

Antrag

1. Die Gewerkschaft setzt sich für Open Software, Open Hardware, Commons-Lizenzen und offene Netze ein. Also offene Standards und Technologien.
2. Die ICT-Netze müssen permanent ausgebaut werden, flächen-deckend und diskriminierungsfrei. Sie müssen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben.
3. Die ICT-Systeme der öffentlichen Hand und der staatsnahen Betriebe sollen auf eine Open-Source-Basis umgebaut werden.
4. Die Gewerkschaft setzt sich für die Gewährleistung, resp. die Wiederherstellung der Netzneutralität ein (die US-Regierung Trump macht gerade zahlreiche Fortschritte in diesem Bereich rückgängig). Wir machen dazu Druck auf den Bundesrat, das Parlament und die Swisscom. Netzneutralität ist eine zentrale Voraussetzung, um die Kontrolle durch wenige Konzerne und extreme Machtkonzentrationen zu verhindern.
5. Die Schweiz muss sich einen Code for Switzerland (analog zum Code for America oder zum lokalen Code for Hamburg) geben. Dabei geht es darum – mit Open-source-Mitteln –, die Chancen der Digitalen Welt für die Demokratisierung und eine Regierung für die Leute durch die Leute zu nutzen.
6. Dieser Code for Switzerland soll auf die Unternehmen ausgedehnt werden. Er ist ein Instrument für die Demokratisierung der Wirtschaft.
7. Die Gewerkschaft beteiligt sich an Projekten für ein neues, wirklich offenes und freies Internet.

Begründung

Die digitale Transformation kann nur dann demokratisch und sozial gestaltet werden, wenn der Zugang zu den Grundinfrastrukturen und Grundtechniken gewährleistet ist. Das ist heute nicht mehr der Fall.

Resolution Produktionsfonds

Antrag

Wir verlangen die Einrichtung eines Produktionsfonds. Er ist die Quelle eines alternativen Kredits. Er wird aus Pensionskassengeldern alimentiert und soll mindestens 30 Milliarden Franken stark sein (nur etwa 3% der PK-Gelder wären also involviert). Der Fonds kann sich aus einer allfälligen Kapitalgewinnsteuer speisen. Dieser Fonds soll strategisch tripartit (Arbeitgeber, Arbeitnehmende und öffentliche Hand) geführt werden und an ethische Bedingungen geknüpft werden. Die Investitionsentscheide werden von einer Gruppe von Fachleuten in der Innovationsförderung getroffen. Die investierten Pensionskassen-Gelder werden von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) garantiert. Selbst bei einem sehr unwahrscheinlichen Ausfallrisiko von 10% wäre das für die SNB ein geringer Posten. Dieser Fonds ist ausserdem mit der Ausgabe von Innovationsbonus für die KMU betraut.

Begründung

Der Kredit, mit dem die Banken in der produzierenden Wirtschaft engagiert sind, ist seit zehn Jahren rückläufig. Die Zahlen der Nationalbank sind eindeutig. In der Industrie etwa ist der Bankkredit seit 2007 bis 2016 um 23 Prozent gesunken. Hier zeigt sich die zweite Stufe des Desengagements der Banken aus der Realwirtschaft, das schon in der 1970er Jahren mit der Zerschlagung der Schweizer Industriekonzerne begonnen hatte. Heute ist das virulent, weil der Digitalisierung grundsätzlich eine Re-Industrialisierung innewohnt. Die aktuelle Lage spiegelt zum ersten die Investitionskrise und die niedrige Auslastung der Kapazitäten, zum zweiten die Kreditkrise. Die beiden Trends wirken gegenseitig verschärfend. Industrie ist hier in einem weiten Sinne verstanden, in der Vierten Industriellen Revolution werden früher ausgelagerte Dienstleistungen wieder integriert. Das betrifft sowohl ICT-Applikationen wie Logistik.



Bundesrat und Seco dementieren bei jeder Gelegenheit die Existenz einer Kreditkrise. Tatsächlich finanzieren sich Grossunternehmen in der Regel auf anderen Wegen als über die Kredite der Banken. KMU aber wären auf Kredit angewiesen, vor allem wenn sie ihre Tätigkeit Richtung Digitalisierung und ökologischen Umbau neu ausrichten wollen. Dasselbe gilt für Start-ups (wenn auch im minderen Masse, dort decken private, spezifische Kreditinstrumente einen Teil der Bedürfnisse ab, wengleich die Gründer bei diesen Instrumenten oft ihre Unabhängigkeit aufgeben müssen). In Wirklichkeit fragen viele KMU und Gründer nach ersten Gesprächen mit Banken gar keinen Kredit mehr nach, weil sie von den Bedingungen der Banken abgeschreckt werden (Zinsen, Laufzeiten, verkürzte Return-on-investment-Zyklen, Eingriffe in die Unternehmensführung). Lieber verzichten sie auf ihre Change-Projekte. Kurzum: Die Banken spielen ihre volkswirtschaftliche Rolle nicht mehr. Das ist heute zum einem schwerwiegenden Nachteil für die Schweiz geworden.

Lösen kann das nur ein alternativer Kredit in Kombination mit einer Dienstleistungs- und Industriepolitik (= aktive Förderung eines innovativen Wirtschaftsklimas).

Wir verlangen diesen alternativen Kredit im Wissen, dass die Chancen der Vierten Industriellen Revolution nur dann genutzt werden, wenn sie nicht den Innovationsentscheiden der Finanzmärkte und Aktionäre überlassen werden.

Resolution Quartier-Fablabs einrichten

Antrag

Wir fordern die Schweizer Städte und Ortschaften auf, in den Quartieren offene Fablabs (Digitale Werkstätten) einzurichten. Sie sollen allen zugänglich und im Prinzip kostenlos sein. Das betreiben dieser Fablabs übertragen die Städte und Ortschaften nicht-kommerziellen Gruppen in Selbstverwaltung. Die Mitglieder dieser Gruppen haben Anspruch auf eine Schulung in bestehenden Fablabs. Diese öffentlichen Fablabs halten sich an die globale Charta der Fablab- und Makerspace-Bewegung.

Begründung

In manchen Städten gab es offene Quartier-Werkstätten, in denen man Werkbänke, Werkzeug, Löt- und Schweissgerät etc. vorfand, aber auch Rat bekam. In diesen Werkstätten wurden nicht nur Gegenstände gefertigt. Sie wären ein wichtiger Begegnungs- und Bildungsort, z. B. für Jugendliche.

Analog dazu müssen die Städte heute Quartier-Fablabs einrichten. Fablabs sind offene digitale Werkstätten, in denen Geräte wie 3D-Drucker, Laser-Cutter, CNC-Fertigungsmaschinen etc. stehen. In einem Fablab kann nicht nur eine Vielzahl von Dingen einzeln oder in kleinen Serien massgeschneidert gefertigt werden. In Fablabs lernt man mit digitalen Techniken umzugehen (Lehre durch Praxis). Dort wird produziert, repariert, innoviert. Um Fablabs bilden sich in der Regel schnell Communitys, die sich mit digitaler Fertigung, offener Software, offener Hardware etc. und einigem mehr auseinandersetzen. Wer sich einmal ein eigenes Handy am 3D-Drucker «ausgedruckt» hat, wird die digitale Transformation und ihre sozialen Herausforderungen besser verstehen und bewältigen. Fablabs holen die selbstverwaltete Produktion in die Städte zurück. Fablabs sind Incubators for skills, wie das Massachusetts Institute for Technology MIT sagt. Unverzichtbare Instrumente. Am MIT entstand 2002 das erste Fablab. Inzwischen ist eine weltweite Makerspace-Bewegung entstanden.



Resolution Bildung und Schulung

Antrag

Der Kongress beschliesst:

1. Wir postulieren ein lebenslanges Recht auf Bildung und Weiterbildung. Dazu gehört auch das digitale Empowerment. Recht bedeutet, dass ein einlösbarer Anspruch besteht. Das ist eine grosse, aber gesellschaftlich notwendige Aufgabe.
2. Die Gewerkschaft setzt in den Institutionen die Verbreiterung der Berufsbildung unter Einschluss des digitalen Wissens durch. Die Gewerkschaft achtet auf die beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung aller Berufsgruppen, um Diskriminierung von Frauen, älteren MitarbeiterInnen und MigrantInnen zu verhindern.
3. Die Gewerkschaft entwickelt Vorstellungen, wie ein lebenslanges Recht auf Bildung formal und praktisch gefasst werden kann (Bildungsbons etc.). Dieses Recht auf Bildung muss auch für Leute gelten, die ausserhalb des Erwerbsprozesses stehen.
4. Die Gewerkschaft entwickelt Vorstellungen für Institutionen und ihre Finanzierung, die dieses digitale Empowerment und das lebenslange Recht auf Bildung materiell einlösen können.
5. Die Gewerkschaft verstärkt ihre interne Bildung und stellt ihr Wissen den Kolleginnen und Kollegen der anderen Gewerkschaften in geeigneter Form zur Verfügung.

Begründung

In der digitalen Transformation veralten Kenntnisse und Qualifikationen schnell. Das duale Berufsbildungssystem der Schweiz ist pragmatisch, flexibel und gut aufgestellt. Wird es mit Entschiedenheit auf die neuen Herausforderungen eingestellt, kann es einen Teil des Digitalisierungsschocks auffangen. Doch der schulische Teil wird verstärkt werden müssen. Denn sonst gerät der unterschiedliche Digitalisierungsgrad der Unternehmen zum gravierenden Start-Handicap für die Berufskarriere vieler Lehrlinge. Werden diese Investitionen nicht geleistet, würde auch die Durch-

lässigkeit der Bildungsgänge Schaden nehmen. Sowohl Höhere Fachschulen wie die Fachhochschulen sind wichtige Vorteile der Werkplatzes. Die digitale Bildung auf diesen Stufen muss ebenfalls verstärkt werden. Voraussetzung ist, dass die digitalen Techniken auf allen Schulstufen eingeführt werden.

Dabei ist ein Aspekt besonders wichtig: Berufskarrieren in der digitalen Welt sind diskontinuierlich, mehrere Stellen- und Berufswechsel werden der Normalfall. Auch darum muss Berufsbildung und höhere Berufsbildung breiter aufgestellt werden (Sprachen, Ökonomie, Allgemeine Bildung).

Doch es genügt nicht, darauf zu warten, dass die Berufsbildung ihre Wirkung zeigt. Wir bewegen uns ein einer kürzeren Sequenz. Digitales Empowerment, das Lernen der Grundtechniken, ist für die Mehrheit der Berufsleute und der Bevölkerung eine unmittelbare Notwendigkeit. Das regelmässige Update dieses Empowerments ebenso. Dabei geht es nicht allein um Technik – der digitale Kontext und die Anwendungen sind der der eigentliche Schlüssel. Das bedeutet, dass die bestehenden Aus- und Weiterbildungsinstitutionen nicht ausreichen.

N. B. Mit dem Fablabs haben wir ein erstes, selbstverständlich noch nicht ausreichendes Element für die digitale Breitenbildung vorgeschlagen.



Resolution Home-Office regeln

Antrag

syndicom erarbeitet mit dem SGB Eckwerte für eine Regelung des Home-Office. Ziel ist es, diese Eckwerte in den Gesamtarbeitsverträgen zu verankern.

Begründung

Heimarbeitende, das zeigt gerade wieder eine neue Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, geniessen einige Vorteile, sind aber auch besonderen Gefahren ausgesetzt. Gefahren wie die vertragliche Unsicherheit, die Arbeit auf Abruf, völlig entgrenzte Arbeitszeiten etc. werden durch einen universellen Arbeitsvertrag («Recht auf Arbeit»), wie wir ihn fordern, eingedämmt.

Darüber hinaus müssen weitere Risiken der Heimarbeit gesetzlich beschränkt werden. So geht es etwa darum

- den Gesundheitsschutz bei Telearbeit sicherzustellen;
- sämtliche Sozialversicherungsleistungen zu garantieren;
- die Belastung der Mitbewohnenden zu verhindern;
- die Arbeitszeitkontrolle (Apps etc.) zu gewährleisten;
- Ruhezeiten und Ferien zu verankern;
- keine Kostenüberwälzung vom Unternehmen auf die Heimarbeitenden zuzulassen;
- den digitalen Taylorismus den gleichen Einschränkungen wie bei den Festangestellten zu unterstellen;
- den Datenschutz der Heimarbeitenden zu sichern.

Resolution Das Recht auf Abschalten

Antrag

1. Im Arbeitsrecht muss ein Recht auf Abschalten eingeschrieben werden, etwa eine internetfreie Zeit.
2. Die zeitliche Verfügbarkeit wird explizit als Qualifikationskriterium ausgeschlossen.
3. Die Gewerkschaft prüft eine Sensibilisierungskampagne über die Gefahren entgrenzter Arbeitszeit.
4. Die Gewerkschaft führt Gespräche mit Arbeitgebern über die kommunikationsfreie Zeit und weist jenen Unternehmen, die sich dazu verpflichten, ein Label als zeitfreundliches Unternehmen zu.

Begründung

Der digitale Umbau trägt in sich die Gefahr einer starken Verlängerung der Arbeitszeiten, ihrer Entgrenzung. Das ist gefährlich für die Gesundheit, betrieblich unnötig, ökonomisch ineffizient und gesellschaftlich zerstörerisch.

Einige Konzerne haben die Gefahren und die schlechte Effizienz erkannt und kämpfen gegen den grassierenden Präsentismus. Sie stellen ihre ausgehenden Mailserver abends ab.

Andere Unternehmen neigen dazu, die Verfügbarkeit der Arbeitenden auszudehnen. Viele Arbeitende bieten dazu Hand, konsultieren auch in der Nacht Mails und SMS und andere Kommunikationsdienste.

Arbeitsfreie Zeit ist ein hart erkämpftes Menschenrecht. Das gilt nicht nur für die offizielle Arbeitszeit, sondern auch für die graue Arbeitszeit, die schleichende Verfügbarkeit.

Wir wollen die Arbeitszeit streng geregelt wissen und fordern ihre generelle Verkürzung. Um der grauen Arbeitszeit zu begegnen, setzen wir statt auf Verbote auf ein Recht auf Abschalten. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie er seine Freizeit zu gestalten hat. Aber: Niemand darf zur Verfügbarkeit über die Arbeitszeit hinaus gezwungen werden. Sie darf auch kein Qualifikationskriterium sein.



Resolution Digitaler Gender-Gap

Antrag

Der Kongress beschliesst:

1. Die Gewerkschaft setzt sich dafür ein, dass die Vermittlung digitaler Grund-Techniken Bestandteil jeder Berufslehre wird (also z. B. nicht nur die Bedienung elektronischer Kassen).
2. Die Gewerkschaft prüft, evtl. mit anderen Gewerkschaften zusammen, Digital-Kurse für Frauen anzubieten.
3. Die Gewerkschaft beteiligt sich an Anstrengungen von internationalen Organisationen zur Bekämpfung des Gender-Gaps.

Begründung

Der Zustand ist inzwischen durch sämtliche Internationale Organisationen und Verbände belegt: Frauen haben Nachteile bei der Nutzung digitaler Techniken. Diese Nachteile sind zwar von Land zu Land verschieden. Aber ihre Behebung ist dringend, weil in immer mehr Berufsfeldern digitale Techniken zentral werden.

Diese Nachteile können von Unterschieden in der digitalen Kompetenz rühren, die wiederum ihre Ursachen in Rollenbildern, in der Schule, in der Lehre etc. haben. In anderen Ländern kommen die Nachteile von der Tatsache, dass Mädchen und Frauen weniger leicht Zugang zu Handys und Computern haben. Ein weiterer Grund für den Gender-Gap sind materielle Nachteile (verfügbare Einkommen, Einkommens-Autonomie der Frauen). Nicht nur in fernen Ländern hält ein gewöhnlicher Machismus viele Frauen oft von Technik fern.

Resolution Recht auf Arbeit

Antrag

1. syndicom unternimmt alle notwendigen Schritte, um ein Recht auf Arbeit bei würdigem Lohn gesetzlich zu verankern und es im Alltag auch durchzusetzen.
2. syndicom entwickelt innovative Regelungen und setzt jene politisch durch, welche den Schutz der Arbeitenden in den Herausforderungen der Digitalen Transformation stärkt (z. B. automatische Arbeitszeitverkürzungen bei technisch begründeten Massenentlassungen, Maschinensteuer, Rückzahlung von Subventionen und Kreditleichterungen etc.).
3. syndicom prüft Schritte, um einen generellen Arbeitsvertrag durchzusetzen, der die Formen Verlagsvertrag, Auftrag, Werkvertrag und weitere einschliesst und ablöst.
4. syndicom sichert und baut den bestehenden Schutz der Arbeit aus und definiert die Mindestbestimmungen für den generellen Arbeitsvertrag (Höchstarbeitszeiten, Familien- und Erziehungszeit, Zeitkontrolle, Modulierung der Arbeitszeit, Sozialversicherungsanspruch, Mindestlohn, Weiterbildungsanspruch, Ferientage, Übernahme der Produktionskosten durch den Auftraggeber etc.).
5. syndicom setzt sich innerhalb des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für eine Initiative ein, mit dem Ziel, das Gesetz gegen missbräuchliche Kündigungen zu stärken. Im Falle einer nachgewiesenen missbräuchlichen Kündigung gemäss Art. 336 OR sollen der Arbeitnehmer zwischen seiner Wiedereinstellung im Betrieb oder einer Entschädigung von 18 Monatsgehältern wählen.

Begründung

Arbeitszeit, Arbeitsvertrag, Arbeitsschutz, Arbeitsplatzsicherheit, Verteilung der Arbeitsproduktivität bilden heute den zentralen Kampfplatz im Streit zwischen einer zerstörerischen Digitalisierung und einer sozialen und demokratischen Digitalisierung. In der Schweiz werden solche Auseinandersetzungen prioritär in



den Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern gelöst. In der angelaufenen digitalen Transformation genügt dieser Mechanismus nicht mehr. Die Arbeitgeber versuchen, das ohnehin schon schwache Schweizer Arbeitsrecht auszuhebeln. Der erste Angriff der Konzerne galt schon der Arbeitszeitbegrenzung und dem Arbeitsvertrag. Zahlreiche Artikel der Schweizer Bundesverfassung schützen die Rechte der Aktionäre, das Privateigentum, die Wirtschafts- und Vertragsfreiheit und sogar einzelne Branchen wie die Banken. Die Arbeit aber findet nur in wenigen marginalen Bestimmungen und im Kann-Artikel 110 BV eine rechtliche Grundlegung.

Soll beim digitalen Umbau die arbeitende Mehrheit der Bevölkerung nicht unter die Räder kommen und soll die Schweiz ihren Wohlstand nicht verlieren, müssen wir für die Arbeit einen neuen rechtlichen Rahmen schaffen.

Die Arbeit muss endlich einen verbrieften Status bekommen, der ihren prioritären Schutz festlegt. Wir nennen es: Das Recht auf Arbeit. Es ist das Bekenntnis zur einen sozialen und demokratischen Gesellschaft, die das Wohlergehen aller über den Aktionärsgehalt stellt.

Resolution Alternative Steuermodelle

Antrag

syndicom setzt sich unter anderem beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund dafür ein, dass neue Steuermodelle für die digitale Transformation entstehen. syndicom unterstützt dabei politische Vorstösse wie Initiativen und fördert die öffentliche Diskussion.

Begründung

In der Schweiz werden Sozialversicherungen und Familienleistungen durch Abgaben auf Löhnen und Gehältern finanziert. Das war lange eine gute Finanzierungsbasis, die aber aufgrund aktueller Trends ausgehöhlt werden könnte und zu Schieflagen zwischen den Branchen führt. Will man verhindern, dass die Beiträge zum Sozialsystem laufend sinken, muss über alternative Finanzierungsformen nachgedacht werden.

Gewisse Tendenzen sind dabei schon Realität:

Seit den 1970er Jahren ist der Anteil der Einkommen aus Gewinn und Kapital laufend gestiegen. Das sorgt nicht nur für wachsende Ungleichheit, sondern reduziert auch die Beiträge zum Sozialsystem.

Intelligente Maschinen ersetzen menschliche Arbeit. Durch enorme Produktivitätsgewinne werden die Arbeitsverhältnisse verändert. Durch die Digitalisierung können schon sehr wenig Beschäftigte enorme Umsätze erwirtschaften. Unternehmen, die Arbeitskräfte durch intelligente Maschinen ersetzen, steigern ihren Gewinn und zahlen dennoch weniger ins Sozialsystem ein.

Deshalb erfordert die digitale Transformation neue Steuermodelle. Denn Roboter und die Algorithmen der intelligenten, selbstlernenden Maschinen bezahlen keine Steuern. Aber ihr Einsatz verursacht, wenn sie etwa Arbeitsplätze zerstören, hohe soziale Kosten für die Gesellschaft. Und dem Staat werden viele Millionen an Einkommenssteuern entgehen.



Gleichzeitig wird die heute unbezahlte Arbeit wie Haushaltsarbeit, Kinderbetreuung, Pflege im Alter durch den demografischen Wandel immer wichtiger. Die Produktivitätsgewinne der Digitalisierung könnten dazu gebraucht werden diese Gratisarbeit in bezahlte Arbeit umzuwandeln.

Deshalb forderte etwa Microsoft-Gründer Bill Gates im Februar eine Robotersteuer. Sie soll in gleicher Höhe anfallen wie die Steuern, welche die wegrationalisierten Arbeitenden entrichten würden. Das ist nur eines von diversen Modellen. Andere Modelle sehen etwa Steuern entlang der neu organisierten Wertschöpfungsketten vor, etwa per Wertschöpfungsabgabe.

Resolution Der Preis von Auslagerungen

Antrag

Der Kongress beschliesst:

1. Wir fordern Bundesbeschlüsse, resp. gesetzliche Vorgaben, die festlegen, dass
 - a. Firmen, welche in der Schweiz schliessen resp. Firmenteile auslagern, ganz resp. proportional sämtliche Unterstützungen und Vorteile der öffentlichen Hand (Subventionen, Steuervorteile, Forschungsgelder etc.) zurückzahlen müssen.
 - b. Firmen, welche auslagern, die Umweltsanierung der Gelände und Räumlichkeiten gewährleisten müssen.
 - c. Firmen Aufträge von der öffentlichen Hand nur gegen eine Arbeitsplatzgarantie bekommen.
 - d. Firmen, die öffentliche Aufträge bekommen, in der Schweiz einen namhaften Anteil ihrer Belegschaft beschäftigen (kein Verstoß gegen WTO-Regeln!).
2. Die Belegschaften und ihre Gewerkschaften sind in Auslagerungsentscheidungen früh einzubinden, nicht erst auf der Stufe Masseneinstellung. Sie sollen dort Alternativen präsentieren dürfen. Dies setzt eine Transparenzpflicht der Firma voraus.

Begründung

Auslagerungen von Diensten oder Produktionen sind oft das Produkt von kurzfristig kalkulierenden Managern. Die hohe Produktivität, die Qualität der Arbeit, der Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten und der Lebensbedingungen in der Schweiz haben in den vergangenen Jahren immer wieder dazu geführt, dass Konzerne Auslagerungen rückgängig gemacht haben. Das relative hohe Lohnniveau wird in manchen Branchen von der höheren Produktivität wettgemacht.

Einerseits macht die Digitalisierung, also Automatisierung heute die Produktion von Diensten und Gütern in der Schweiz billiger. Andererseits werden durch die Digitalisierung Auslagerungen kostengünstiger und logistisch leichter. Und neue Formen indirekter



Auslagerung entstehen, etwa crowdworking in internationalen Wertschöpfungsketten.

Wenn die Gewerkschaften etwas gegen Automatisierungen und Auslagerung unternehmen wollen, müssen sie verhindern, dass diese Vorgänge für das Unternehmen zu billig sind. Anders ausgedrückt: Zwischen einem Arbeitsplatz und Automatisierung resp. Auslagerung stellen wir gleich lange Spiesse her.

Gegen das interne Outsourcing wollen wir, in derselben Logik, den universellen Arbeitsvertrag durchsetzen.

Das Prinzip ist immer dasselbe: Outsourcing, Auslagerung und Automatisierung sollen möglich sein, wenn sie ökonomisch notwendig sind – aber niemals zum Zwecke des Sozialdumpings.

Resolution Thinktank, Lehrstuhl

Antrag

1. Wir fordern Swisscom, Post und SBB auf, sich für die Einrichtung eines Lehrstuhls Digitaler Service Public an einer Schweizer Universität einzusetzen und diesen Lehrstuhl in einem kooperativen Modell mit der öffentlichen Hand zu finanzieren.
2. Um diesen Lehrstuhl herum soll eine schlagkräftige Denkfabrik entstehen, welche die Entwicklung des neuen Service public zum Thema hat.
3. Wir erteilen der GL und den zuständigen Branchengremien den Auftrag, die Gewerkschaft syndicom als Initiatorin in geeigneter Form an der Gründung von Lehrstuhl und Think Tank zu beteiligen.

Begründung

Weil ein neu entwickelter digitaler Service public für die Schweizer KMU und für die gesamte Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist, müssen syndicom die bundesnahen Betriebe und die öffentliche Hand auf die konzeptionelle und universitäre Basis für ein Wissenszentrum legen.

Diese Arbeit soll als Fokus die Demokratisierung und die sozialen Chancen der Digitalisierung haben.



Resolution Datenschutz

Antrag

Der Kongress beschliesst:

1. Wir setzen uns für ein modernes Datenschutzgesetz ein.
Es muss unter anderem
 - a. regeln, dass sämtliche erhobenen Daten, auch algorithmisch aufgearbeitete, grundsätzlich im Besitz des Betroffenen bleiben;
 - b. jedem Betroffenen das Recht auf Zugang und Streichung von Daten garantieren;
 - c. klare, durchsetzbare Regeln (Beschränkungen) für die Verknüpfung von Datensätzen und deren Aufarbeitung festlegen;
 - d. das untangierbare Persönlichkeitsrecht über jede wirtschaftliche Erwägung stellen.
2. Wir fordern ein Bundesamt für Datenschutz, das mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist.
3. Wir fordern eine automatische Meldepflicht jeder Verknüpfung von Datensätzen an den Betroffenen. Die Überwachung dieser Pflicht ist schwierig. Neben der rechtlich einklagbaren Pflicht müssen sich die Behörden dafür einsetzen, dass die Software-Hersteller automatische Melde-Programmsequenzen einbauen, die
 - e. identifizierte persönliche Datenerhebungen sofort an die entsprechende IP-Adresse melden;
 - f. identifizierte, aber nicht zuordnungsbar Datenerhebungen an eine öffentliche Datenbank melden, die mit einem Identifikationsverfahren jederzeit abgerufen werden kann. Die Datenverwerter müssen gezwungen werden, eigene Datenspuren zu legen.
4. Eine neue Daten-Ökologie muss Bestandteil jeder Ausbildung (Schule, Beruf, Uni) und Weiterbildung zu werden.

Begründung

Die digitale Ökonomie baut auf die Auswertung enormer Datenmengen, also auf dem Daten-Mining. Konzerne und oft auch die öffentliche Hand betreiben die Sammlung von persönlichen und anonymisierten Datensätzen mit extremem Aufwand. Daten sind das neue Gold.

Big Data macht heute die Verknüpfung solcher Datensätze möglich. Damit wachsen die Gefahren der Kontrolle, der Manipulation und des Verlusts persönlicher Autonomie. In Forschungslabors wird der Dateneinsatz bis hin zur Verhaltenssteuerung gesteigert. Eine Spezialität dieser neuen Datenfachleute besteht darin, aus anonymisierten Datensätzen (unser Name oder unsere IP-Adresse erscheinen nicht) dennoch präzise Rückschlüsse über einzelne Personen zu ziehen.

Offensichtlich sind damit alle bestehenden Datenschutzgesetze überholt und alle Datenschutzbeauftragten überfordert.

Einen Teil des Problems lösen wir, auf der Ebene Arbeitsplatz, mit unseren Forderungen zum Digitalen Taylorismus. Darüber hinaus sind weitere Massnahmen notwendig.



Resolution

Vernetzte syndicom

Antrag

1. syndicom unternimmt das Nötige, um ihre Wissens- und Meinungsführerschaft in der digitalen Transformation auszubauen.
2. syndicom prüft den Aufbau, eines Netzwerk-Thinktank, der das Wissen der Mitglieder sammelt und den Arbeitenden erlaubt, sich über ihr Wissen und ihre Erfahrungen auszutauschen.
3. syndicom entwickelt weitere gewerkschaftspolitische und politische Forderungen, um die soziale und demokratische Digitalisierung durchzusetzen.
4. syndicom fordert, dass sie in sämtlichen politischen und sozialpartnerschaftlichen Gremien, die sich mit dem Thema zu befassen haben, vertreten ist.
5. syndicom öffnet ihr Wissens-Netzwerk allen Arbeitenden, den anderen Gewerkschaften und einer breiten Öffentlichkeit.

Begründung

Die in der Gewerkschaft syndicom organisierten Arbeitenden sind Akteure der digitalen Transformation und gleichzeitig ihre ersten Betroffenen.

Darum unternimmt die Gewerkschaft erhebliche Anstrengungen, die Herausforderungen der Vierten Industriellen Revolution genau zu analysieren. Wir wollen verstehen, wie die künftige Arbeitswelt aussieht. Und was wir dafür tun können, dass die digitale Transformation einen sozialen und demokratischen Weg einschlägt.

Deshalb haben wir bereits Berichte und Manifeste publiziert und die Ergebnisse in den Gremien diskutiert. Aber wir haben die Analysearbeit gewerkschaftspolitisch sehr viel weitergeführt.

syndicom kommt dabei als Netzwerk- und Logistik-Gewerkschaft eine besondere Verantwortung zu – gegenüber Arbeitenden, den anderen Gewerkschaften und der Gesellschaft. Denn unsere Mitglieder versammeln das präziseste und kompletteste Wissen über die digitale Transformation.

Impressum

Herausgeber

Gewerkschaft syndicom
Monbijoustrasse 33, Postfach, 3001 Bern

Fotos

Fotolia

Text & Gestaltung

Roger Leuenberger, Bern

Druck

gdz AG, Zürich

Auflage

5000 Exemplare



Das ist syndicom!

syndicom ist die entscheidende gewerkschaftliche Kraft in der ICT-Branche. Sie macht sich auch stark für eine Wirtschaft, welche den Bedürfnissen der Menschen dient. Sie handelt Gesamtarbeitsverträge aus, arbeitet eng mit den Personalvertretungen zusammen und wirkt auf die Gesetzgebung ein, um bessere Arbeitsbedingungen und mehr Schutz für ihre Mitglieder zu erwirken.

Dank deiner Mitgliedschaft profitierst du zudem von folgenden Leistungen:

- **Berufsrechtsschutz:** Kostenlose Auskunft und Beratung bei allen Fragen zu Arbeitsbedingungen, Arbeitsverhältnis, Sozialversicherungen, Gesamtarbeitsverträgen, Vertragsrecht, Mitwirkung und Gleichstellung.
- **Aus- und Weiterbildung:** Kostenlose Teilnahme an Kursen im Bereich der gewerkschaftlichen und beruflichen Weiterbildung bei «Movendo». Finanzielle Unterstützung von beruflicher Aus- und Weiterbildung.
- **Attraktive Vorzugsbedingungen und Rabatte** für syndicom-Mitglieder bei Coop Rechtsschutz (Multirechtsschutz), Reka-Checks, Mobiliar Versicherung, Krankenkasse KPT, Bank Cler, Agip-Tankstellen und Hotelcard.

syndicom – die Gewerkschaft deiner Branche: Werde jetzt Mitglied !

www.syndicom.ch